

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die Linie — so oder so

Von Roland Beutner

Bei niemandem, der heute auf den ersten Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei blickt, besteht ein Zweifel darüber, welches die wesentlichste Aufgabe ist, die in diesen Tagen in Berlin erfüllt werden muß.

Prinzipiell muß die Grundlinie zukünftiger Politik und Taktik festgelegt, prinzipiell, wenn die eingehende Herausarbeitung eines vollständigen Programms zeitlich nicht zu bewältigen ist, eine klare, eine eindeutige Prinzipienklärung den künftigen Weg der Partei bestimmen.

Zwei Entwürfe solcher Prinzipienklärungen liegen vor. Uebereinstimmend in vielen Dingen, drücken sie in den Differenzpunkten klar und entschieden jene politischen Unterschiede aus, deren Darstellung in Artikeln und Debattereden zwar mehr oder minder rhetorischen Interpretationskünsten unterliegen mag, die aber in ihrem Wesen, wenn sie einmal klar und ohne Schönheiten herausgearbeitet sind, auf einen gemeinsamen Nenner nicht zu bringen sind.

Die Prinzipienklärung des Hauptvorstandes: Rosenfeld, Seydewitz, Fröhlich, Zweiling usw. einerseits und die Prinzipienklärung Anna Siemsen — Richard Klein-eibst andererseits:

Sie sind das Ergebnis und der Kern jener politischer Auseinandersetzungen, die seit dem Bestehen der SAP in ihren Reihen kameradschaftlich, scharf und sachlich geführt werden.

Und diese Differenzpunkte sind so in ihrer Natur, daß dieser Parteitag nur eines bringen kann:

Entweder diese — oder jene.

Daß der Parteitag aber nicht bringen kann und auch nach dem Willen des revolutionären Proletariats nicht bringen soll ein Kompromiß, das jedem die Möglichkeit gibt, den Stand der Partei auszulegen in seinem Sinne.

Es ist ein Punkt — neben anderen, gleich wichtigen —, der ein Kompromiß unmöglich werden läßt oder zu einem Schaden werden ließe, käme eines zustande:

Die Frage der Beurteilung imperialistischer Organisationen.

Klar formuliert der Prinzipienentwurf des Hauptvorstandes die Stellung des revolutionären Proletariats zu Völkerbund und kapitalistischen Abrüstungskonferenzen:

„Die Verständigung kapitalistischer Mächte oder einzelner Kapitalistengruppen untereinander, der Völkerbund und die Abrüstungskonferenzen können die Kriegsgefahren nicht vermindern, sie dienen vielmehr lediglich der Gruppierung und Organisierung der imperialistischen Fronten. Mildern sie bestehende imperialistische Gegensätze, so erzeugen sie gleichzeitig neue, gefährlichere auf breiterer Grundlage.“

Diese klare Erkenntnis, daß Bündnisse kapitalistischer Mächte, gleich unter welcher Firma es sei, immer zum Nachteil des Proletariats der ganzen Welt ausschlagen müssen, dieselbe Erkenntnis ist unverrückbar tief in den Reihen des besten und aufgeklärten Teiles der Arbeiterschaft verwurzelt.

Mit vollem Recht wies Genosse Kurt Rosenfeld in seiner Begründung darauf hin, daß nur die Partei heute eine Zukunft haben kann, die über eine entschlossene, aufopferungsfähige Jugend verfügt, und wies gleichzeitig in diesem Zusammenhange hin auf die klare sozialistische Linie, die in der

Reichsgericht desavouiert Severing

Leipzig, 25. März 1932

Der unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke tagende Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat nach längerer Verhandlung über die von Hitlers Anwälten als Rechtsverletzung beanstandete preußische Polizei-Aktion gegen die SA der Nazis die Debatte ohne einen Urteilspruch abgeschlossen und den Parteien empfohlen, sich zu vergleichen.

Aus der Verhandlung selbst mag eine Episode wiedergegeben werden, die die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet; sie ist überaus charakteristisch für die Verteilung der Kräfte in Leipzig. Als der preußische Vertreter einen Brief Severings an Hitlers Rechtsanwalt Frank II-München bekannt gab, in dem mitgeteilt wurde, daß beschlagnahmtes Material, das für strafrechtliches oder disziplinarisches Vorgehen nicht in Frage käme, alsbald freigegeben werden würde, kam es zu längeren Auseinandersetzungen.

„wobei der Vorsitzende auf die Drohungen des Ministerialdirektors Badt, daß erdrückendes Material gegen die NSDAP vorliege, anheimstellte, dieses Material doch endlich bekannt zu geben. Er fügte hinzu: „Was uns erdrückt, werden wir dann schon selbst sehen. Als Ministerialdirektor Badt sich immer noch in Anspielungen erging, forderte ihn der Vorsitzende auf: Nun lassen Sie doch endlich einmal die Katze aus dem Sack, Herr Kollege!“

Das Vorgehen des Reichsgerichtspräsidenten bedeutet einen schweren Schlag gegen Preußen, der durch die abschätzigste Art der Verhandlungsführung noch unterstrichen worden ist. Der von dem preußischen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Badt, in voller Verhandlung ausgespielte Trumpf, der Brief des Reichsministers vom 8. März, mit dem der preußische Innenminister auf gewisse putschmäßige Vorbereitungen der hitlerischen Privatarmee aufmerksam gemacht wurde, hat vor dem Staatsgerichtshof nicht gestochen. Als bald nach dem Bekanntwerden dieses Briefes hat die Telegraphen-Union vom Reichsinnen-

ministerium — Groener selbst befindet sich auf Osterurlaub — den Bescheid erhalten, mit dem Brief hätten nur Nachforschungen über die Richtigkeit der vom Reichsinnenministerium an sich nicht geprüften verschiedenen Nachrichten angeregt werden sollen; davon, daß der Reichsinnenminister mit seinem Brief etwa die preußische Haussuch-Aktion hätte anregen wollen, könne keine Rede sein. Das ist ein kalter Wasserstrahl auf Severings Bemühung. Die über die Groenersche Linie hinausprechende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fragt gar danach, welche Stelle im Reichsinnenministerium das Schreiben an die preußische Regierung gerichtet habe. Sie benutzt ihre Frage gleich zu einer Denunziation: Groener soll im Reichsinnenministerium aufklären, denn:

„Hier geht es um eines der Geheimnisse, an denen das Reichsinnenministerium nicht arm ist. Die Beziehungen mancher Persönlichkeit dieses Hauses zur preußischen Regierung sind aus früheren Vorgängen genügend bekannt.“

Und schließlich entrüstet sich das schwerindustrielle Organ:

„Von preußischer Seite wird beim Reich allen Ernstes ein Verbot der SA betrieben.“ „In allem Ernst!“ — Leider wird man an den Ernst solcher Bemühungen angesichts der schwachen und schwankenden Persönlichkeit des preußischen Polizeiministers, der stets noch beim geringsten Widerstand der Generalität zurückgewichen ist, nicht glauben können.

Das Ergebnis der Leipziger Verhandlung stellt sich sonach als ein gar nicht ernst genug zu bewertendes Fiasko der Preußenregierung dar. Sie hat das Notwendige ohne Frage erkannt, aber nur mit halben Kräften gewollt und ist gescheitert. Das Ministerium Groener, das die SA Preußen gegenüber deckt und ihren Bestand verteidigt, hat sich als viel stärker erwiesen als der schwächliche Versuch des Minister Severing. Groener selbst befindet sich auch in dieser Sache wieder im Gefolge seines Generals von Schleicher, von dem nunmehr bekannt wird, daß er von Röhm, dem hitlerischen Stabschef ausersehen wurde, das große

Geheimnis des SA-Aufmarsches in der Nacht vom 13. auf den 14. März entgegen zu nehmen. Da Groener verhindert war, mußte Herr Röhm mit General von Schleicher „vorlieb nehmen“, so sagt ein offiziöser Bericht aus dem Innenwehrministerium. Das alles spielte sich in der Bendlerstraße ab. Im Reichsinnenministerium aber „ist später von der Röhm'schen Mitteilung gesprochen worden.“

Severing vergleicht sich mit Hitler

Berlin, 26. März 1932.

Reichspräsident Bumke hatte den beiden vor dem Staatsgerichtshof streitenden Parteien den Vorschlag gemacht, sich zu vergleichen. Severing sollte das bei den Haussuchungen beschlagnahmte Material herausgeben, die Nazis dagegen ihren Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Preußen zurückziehen.

Heute hat nun Minister Severing diesem Vorschlag des Reichsgerichtspräsidenten zugestimmt. Der Vorschlag tritt damit in Kraft.

Geht Bayern jetzt gegen Hitler vor?

Bedeutsamer als die ganze preußische Aktion scheinen Nachrichten zu sein, die besagen, daß die bayerische Staatsregierung, die wie bekannt geworden ist, schon seit längerer Zeit ein stärkeres Vorgehen gegen die Bürgerkriegsrüstungen der hitlerischen Privatarmee befürwortet und schon früher in Berlin hat mitteilen lassen, daß sie, wenn das Reich in dieser Frage versage, auf eigene Faust würde vorgehen müssen, sich nunmehr entschlossen habe, den Hitler-Umtrieben ernstlich zu Leibe zu gehen. Bayern hat hier für sich die Erfahrung aus dem Jahre 1923. Es weiß, was von Legalitätsbeteuerungen Hitlers und seiner „Stabschefs“ zu halten ist. Wenn das beabsichtigte Vorgehen Bayerns jetzt Tatsache würde, so könnte die ganze innenpolitische Situation dadurch verändert werden.

Prinzipienklärung des Sozialistischen Jugendverbandes

zum Ausdruck gekommen ist, und die wertvolle Vorarbeit für die Tätigkeit des Parteitages geleistet hat. Und in dieser Prinzipienklärung kommt — als Ausdruck des Willens von Tausenden bester proletarischer Kräfte — dieselbe Stellung zum Ausdruck, die der Hauptvorstand der SAP in seinem Prinzipienentwurf verankerte:

„Der Sozialistische Jugendverband führt einen konsequenten Kampf gegen alle Illusionen über Völkerbund, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Pazifismus. Er erkennt alle diese Institutionen und Gedankengänge als Verhüllung imperialistischer Politik, deren revolutionäre Entlarvung Aufgabe des Proletariats sein muß.“

Beide Entwürfe, der Prinzipienentwurf des Hauptvorstandes der SAP und die Prinzipienklärung der gesamten Jugend, zeichnen eindeutig die „überstaatlichen“ kapitalistischen Institutionen als die gigantischen Mittel des modernen Imperialismus zur Erreichung seiner Ziele, zeichnen eindeutig die Stellung der Arbeiterschaft ihnen gegenüber:

Kampf bis aufs Messer, Beschleunigung ihrer rastlosen Entlarvung vor dem Weltproletariat, Vernichtung aller illusionären Hoffnungen auf die Möglichkeit, aus kapita-

listischen Institutionen „etwas herauszuholen“.

In diesem einen wesentlichen Punkte zeigt sich die eminente Schwere des sachlichen Unterschieds, der im Prinzipienentwurf Anna Siemsen-Kleineibst dem Entwurf des Hauptvorstandes wie dem Entwurf des Jungproletariats entgegentritt.

Mit entschiedener Klarheit fordert der Entwurf Siemsen-Kleineibst, den „Einfluß der Arbeiterschaft auf den Völkerbund geltend zu machen“, das kapitalistische Machtinstrument mit Proletariern zu „durchdringen“ und so

eine Reformierung des kapitalistischen Völkerbundes

und seine Nutzbarmachung für die Interessen der Arbeiterschaft zu erreichen.

Zwar

„warnt die SAP vor allen Illusionen in bezug auf die Möglichkeit der endgültigen Befriedung und Organisierung der Welt durch diese Institutionen, „versucht aber, sie für die Ziele des Proletariats nutzbar zu machen, den Einfluß der Arbeiterschaft auf sie durchzusetzen“.

Während die Entwürfe des Hauptvorstandes wie der Jugend die eindeutige Auffassung vertreten,

daß eine anerkennende Billigung dieser kapitalistischen Gebilde bis ins Letzte dieselben verderblichen Folgen haben würde, wie sie die Parole der „Durchdringung und Nutzbarmachung“ des kapitalistischen Einzelstaates gebracht hat — die Erfolge dieser reformistischen SPD-Politik in der Durchdringung der Republik lehrt uns jeder Tag unter den Notverordnungen aufs neue — währenddem

vertritt der Entwurf Anna Siemsen-Kleineibst die entschiedene Bejahung dieses Instruments der Imperialisten, um es von innen heraus zu erfassen und zu einem Instrument der Arbeiterklasse umzuformen.

*

Und hier liegen die wesentlichsten Trennungspunkte. Es sind noch andere mehr, aber in diesem kann es keine Konzessionen geben. Eine Taktik nur gilt: entweder der Versuch einer Durchdringung und Reformierung kapitalistischer Institutionen — oder die Sammlung des Proletariats ohne Illusionen: zur Revolution.

Und das deutsche Proletariat, das auf diesen Parteitag sieht, wird sowohl das Entweder wie das Oder ertragen können. Aber nicht ein Drittes.

Der Parteitag der SAP

Der Auftakt

Berlin, 26. März 1932.

Am Freitag, 25. März, wurde in Kliems Festsälen in Berlin der erste Reichsparteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei eröffnet. Zwei Rezitationen und dreifaches „Kampfbereit!“ des Sozialistischen Jugendverbandes Berlin grüßten die Delegierten.

Genosse Rosenfeld

nahm zur Begrüßung des Parteitages das Wort. Er dankte den Berliner Genossen für die rasche Vorbereitung des Parteitages, ebenso den Plauer Genossen, die nun infolge des notverordneten Osterfriedens eine so ungeheure Arbeit umsonst machen mußten. Der Hauptvorstand glaubte ab... unter dem Osterfrieden eine so kurzfristige Verlegung be-

schließen zu müssen. Nach einer kurzen Schilderung der politischen Situation, in der die SAP entstand, und der gegenwärtigen Lage zeigte Genosse Rosenfeld die Aufgaben des ersten Parteitages auf:

durch Formulierung einer klaren Prinzipienerklärung die politische Linie im Programm der SAP festzulegen, durch Schaffung eines Organisationsstatuts der Partei das feste organisatorische Rückgrat zu geben.

Dann erklärte Genosse Rosenfeld den Parteitag für eröffnet.

Den Vorsitz des Parteitages übernehmen durch einstimmige Wahl der Delegierten die Genossen Rosenfeld, Seydewitz und Hauschild, Berlin.

Die politische Lage und die SAP

Referat des Genossen Seydewitz

Es ist beinahe auf den Tag heute ein halbes Jahr, daß wir aus der Sozialdemokratischen Partei herausgeflogen sind. Aber ich habe bei der Darstellung der Aufgaben, die sich aus der ökonomischen und politischen Situation für die SAP ergeben, keinerlei Neigung und Absicht, über das, was mit der Spaltung zusammenhängt, zu reden. Das liegt hinter uns. Die Spaltung ist eine historische Tatsache. Weil das eine feststehende Tatsache für uns alle ist, darum wollen wir auf unserem ersten Parteitage nicht reden über das, was hinter uns liegt, sondern wir wollen ausschließlich unseren Blick nach vorwärts richten. Wir sind trotz aller Widerstände gut vorwärts gekommen.

Am Abschluß des Jahres, Ende Dezember 1931, zählten wir nach den Mitteilungen unserer Bezirksleitungen 52 000 Mitglieder.

Nach der letzten Feststellung, die wir Mitte Februar getroffen haben, hat sich diese Mitgliederzahl um weitere 5000 vermehrt.

Wir verzeichnen ferner die erfreuliche Tatsache, daß wir 6 Wochenzeitungen und zwei Tageszeitungen haben. Die Organisation, die wir in diesem halben Jahr aufgebaut haben, sie ist geschaffen worden aus dem Nichts heraus. Wir haben von keiner Seite irgendeinen Pfennig Geld für die Organisation, für den Aufbau unserer Partei bekommen. Der Aufbau ist erfolgt ausschließlich auf der Opferwilligkeit und der Begeisterung unserer Parteimitglieder. Diese Opferwilligkeit und die Begeisterung unserer Parteimitglieder, die an der Wiege unserer Partei gestanden haben, die müssen wir aufrechterhalten, die müssen wir steigern, wenn wir unsere Partei zu der Macht machen wollen, die unsere Bewegung im Interesse der Arbeiterklasse gewinnen muß.

Wenn wir die Frage beantworten wollen, welche Aufgaben die Sozialistische Arbeiterpartei hat, dann müssen wir zuerst untersuchen, in welcher Situation das Proletariat heute steht. Der tiefstgehende grundsätzliche Gegensatz zwischen uns und der Sozialdemokratie besteht darin, daß die SPD in der heutigen Situation immer noch erwartet, daß durch ein Wunder auf diese Krise ein neuer Konjunkturaufschwung folgen wird, und daß die Arbeiterschaft mit ihrem Kampf bis zu diesem Zeitpunkt warten muß, während wir auf dem Standpunkt stehen, daß in dieser besonderen Epoche des Kapitalismus eine Überwindung der Krise nicht mehr möglich ist, daß

jetzt der revolutionäre Kampf um die Überwindung der Krise zugleich mit dem Kampf um die Überwindung des Kapitalismus geführt werden muß.

Heute ist die Überwindung der Krise für eine Klasse nur auf Kosten der anderen Klasse möglich, und die Frage, vor der wir stehen, von der aus wir unsere Entscheidungen zu treffen haben ist: auf Kosten welcher Klasse, zugunsten welcher Klasse wird die Krise gemildert oder überwunden? Die Arbeiterklasse steht heute ganz eindeutig vor der Frage: kapitalistischer oder proletarischer Ausweg aus der Krise. Es ist bei dem Kampf in Deutschland gerade von der Sozialdemokratie immer wieder gesagt — und damit die Fragestellung verwischt — worden, daß es nicht um diese, von der ökonomischen Situation zu stellende Frage geht, sondern — so wird gesagt — es ginge in Deutschland um Republik oder Monarchie, es ginge um Demokratie oder Faschismus. Das sagt man den Proletariern heute, um sie abzulenken von der klaren Stellungnahme.

Ich glaube, daß man Arbeiter nur von der klaren Frontstellung abhält, von der Einreihung in die richtige Front, wenn man ihnen nicht sagt, es geht heute um den

Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Zu Charakterisierung der Richtigkeit meiner Behauptung, daß diese gegenwärtige Krise nicht mehr zu überwinden ist im Interesse der gesamten Gesellschaft, braucht man nur eine kleine historische Darstellung zu geben über die angeblich zur Überwindung der Krise angewandten Mittel und über ihre Wirkung. Jedes einzelne dieser Mittel, die Krise zu mildern, hat verursacht, daß die Krise für die proletarische Klasse dauernd und dauernd weiter verschärft worden ist. Der kapitalistische Ausweg aus der Krise ist der Versuch,

die Krise zu überwinden im Interesse der kapitalistischen Klasse auf Kosten der proletarischen Klasse und der Mittelschichten.

In dem Tempo, wie sich die Krise verschärft hat, hat sich auch die Anwendung der Mittel, die die Lasten für die Arbeiterklasse gesteigert hat, vermehrt. Und in diesem Zusammenhange spielt die faschistische Bewegung, spielt der Faschismus eine ganz besondere Rolle. Er ist das Ergebnis dieser ökonomischen und gesellschaftlichen Situation. Der von der Sozialdemokratie geführte Kampf gegen den Faschismus, der getragen wurde von der Opferwilligkeit vieler sozialdemokratischer Proletarier, dieser Kampf ist vergeblich gewesen. Der Faschismus ist immer stärker geworden, ohne daß die sozialdemokratische Führung seine Rolle erkannt hätte und daher in falscher Frontstellung gegen den Faschismus gekämpft hat. Als im September 1930 die Nationalsozialisten in Deutschland die hohe Stimmenzahl erhielten, da ist von der sozialdemokratischen Führerschaft gesagt worden, das sei nur eine Fiebererscheinung. Daß das falsch ist, hat die Entwicklung seit dieser Zeit erwiesen.

Die kapitalistische Klasse muß darum damit rechnen, daß sie, wenn sie den Proletariern auf die Dauer keine Arbeit geben kann, und wenn in dem Bestreben, die Krise für die herrschende Klasse zu mildern, den arbeitslosen Proletariern immer mehr von der Arbeitslosenunterstützung genommen wird, die Arbeiter in ihrer Verzweiflung zur Rebellion gezwungen werden gegen das herrschende System. Weil das die herrschende Klasse weiß, darum hat sie zwangsläufig den Faschismus als Kampfmaschine zur Niederhaltung des Proletariats geschaffen. Die Rolle des Faschismus ist in der heutigen Periode des Kapitalismus:

1. Die Mittel durchzusetzen, die die herrschende Klasse anwenden will, um die Krise zu überwinden auf Kosten der Arbeiterklasse.

2. Als Drohgespenst zu wirken auf die proletarischen Massen, die durch die Krise zur Rebellion getrieben werden.

3. soll der Faschismus die über alle Hindernisse und Hemmnisse hinweg doch zur Rebellion gezwungenen Massen niederschlagen.

Wir sehen darum den Faschismus nicht als eine selbständige Bewegung, sondern der Faschismus ist die Kampfmaschine der Arm der herrschenden kapitalistischen Klasse. „Kopf und Rumpf“ ist die herrschende Klasse, Faschismus ist der Arm, gelenkt vom Kopf und bewegt vom Rumpf. Die SPD hat die Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Massen mißbraucht, indem sie den Kampf gegen den Faschismus führen will dadurch, daß sie sich mit Kopf und dem Rumpf gegen den Arm verbündet hat.

Die kommunistischen Arbeiter sind revolutionäre Arbeiter, die stehen in der revolutionären Front, aber von den SPD-Arbeitern sagen wir, daß die noch in der falschen, in der reformistischen Front stehen.

Es ist nicht unsere vordringlichste Aufgabe, die kommunistischen Arbeiter noch revolutionärer zu machen, sondern die SPD-Arbeiter in die revolutionäre Front zu führen.

Ich habe manchmal das Gefühl, daß wir in dem Bemühen, mit den Kommunisten zu wetteifern, unnötige Barrieren gegenüber den SPD-Arbeitern heruntergelassen haben. Wenn wir heute von der proletarischen Klassenfront sprechen, müssen wir bei den Landtagswahlen uns ebenso an die sozialdemokratischen wie an die kommunistischen Arbeiter wenden, wir dürfen nicht den gleichen Fehler machen wie die Kommunisten, die die SPD-Arbeiter Sozialverräter schimpfen und damit ihre Wirkungsmöglichkeit bei den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sich unterbinden.

In letzter Zeit haben wir oft gehört, daß wir, die SAP, die einzig wahre kommunistische Partei sein sollen. Genossen, Dogmen sind ja ganz schön, aber wir müssen bei allen so schönen Sätzen bedenken, wie sie in der praktischen Arbeit auf die Massen wirken. Gewiß, wir sind Kommunisten im Sinne von Marx und Engels. (Zwischenruf Rück: „Das genügt aber nicht.“) Seydewitz: Dir nicht, mir schon.

Für die Massen heißt Kommunismus heute kommunistische Partei. Unsere Existenzberechtigung haben wir nicht nur gegenüber der SPD zu belegen, die haben wir auch gegenüber der KPD zu beweisen, wir haben uns ganz von der SPD und der KPD abzugrenzen (Zustimmung). Diejenigen Genossen, die in den Betrieben arbeiten, wissen, daß sie gerade in den Betrieben größtenteils mit SPD-Arbeitern zu diskutieren haben. Wir dürfen uns durch den äußeren Ablauf unserer Bewegung draußen

nicht in eine einseitige Frontstellung drängen lassen.

Von der kommunistischen Seite ist der SAP der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich

auch an die SPD gewandt hat. Ich vertrete die Ansicht, daß wir

uns an die Sozialdemokraten ebenso zu wenden haben wie an die Kommunisten.

Es ist zu bedenken, daß wir die Einheitsfrontaktion nicht fördern, wenn wir uns mit gewerkschaftsfeindlichen Organisationen zusammenschließen, die die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erschweren (sehr richtig). Die Frage, wann, wie und wo Kartelle gebildet werden, kann nicht generell für das ganze Reich festgelegt werden. Heute haben wir unsere Schutzorganisationen, den Schutzbund, der muß aktionsfähig und an jedem Tage bereit sein, mit allen anderen Abwehrformationen des Proletariats zusammenzugehen.

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei ist der

Kampf um die Bildung der Arbeiterfront.

Die schwere und große Aufgabe, die wir uns im Tageskampf um die Bildung der Klassenfront gestellt haben, können wir nicht erfüllen, wenn wir immer nur reden von der Klassenfront, sondern das Maß der Erfüllung unseres Willens, das wird abhängen von der Stärke unserer Partei.

Wir haben bei dem Kampf für unser Wollen und bei der Arbeit für unsere Partei sowie jede Bewegung mehrere Perioden zu durchschreiten. Gegenwärtig befinden wir uns in der Periode, wo unsere Hauptaufgabe darin besteht, die Arbeiterklasse aufzulockern und zur Erkenntnis zu bringen, was im Interesse des Proletariats heute notwendig ist. Nicht allein durch das Aufrichten unserer Fahne haben wir das Mißtrauen der Proletarier überwunden, sondern mit unseren Taten müssen wir die Proletarier von der Unrichtigkeit ihres Mißtrauens überzeugen, und das gehört auch jetzt zu den Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei. Die Aufgaben, die uns vorschweben, das ist Bildung der proletarischen Klassenfront, Durchsetzung unserer Partei zu einem Machtfaktor, der diese proletarische Klassenfront ergänzt. Wir kämpfen für die Klassenfront! Wir kämpfen für den proletarischen Ausweg aus der Krise, für die Überwindung des Kapitalismus,

für die Verwirklichung des Sozialismus. (Starker Beifall.)

Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften

Referat des Genossen Walcher

Sehr viele revolutionär gesinnte Arbeiter übersehen heute, daß die Gewerkschaften, allerdings nur soweit das die Grenzen des niedergehenden kapitalistischen Systems zulassen, die Schutz- und Trutzorganisationen des Proletariats sind. Die Gewerkschaften haben eine ungeheure Bedeutung, im Negativen wie im Positiven, und jeder Revolutionär, der diese Bedeutung verkennt, muß unweigerlich zu schweren Fehlern kommen. Kein anderer als Lenin hat immer wieder und wieder die Arbeitermassen darauf aufmerksam gemacht, welche große Bedeutung die Gewerkschaften sowohl für die Eroberung der politischen Macht als auch nach der Eroberung der politischen Macht haben.

Es ist richtig, daß die Gewerkschaften inzwischen viel von ihrer Macht eingebüßt haben. Aber trotzdem sie vieles verloren haben, sind sie auch heute noch von ausschlaggebender Bedeutung, auch heute noch besteht die Tatsache, daß die organisierte Arbeiterschaft in weitgehendem Maße entscheidend und bestimmend ist für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse überhaupt, und wir sollen bei aller Kritik nicht verkennen, daß in den Massen der Gewerkschaftsmitglieder noch eine Fülle von Kampfbereitschaft vorhanden ist.

Das zeigte sich, als die Reformisten auf einen neuen, sehr wirksamen Trick verfallen sind, als sie

die Parole der „Eisernen Front“ ausgaben. Viele Arbeiter glauben, daß die „Eiserne Front“ das Mittel zur Niederwerfung des Faschismus sei. Unsere Aufgabe ist es, in Anerkennung der Bedeutung der Kampfbereitschaft, die sich in dem Zustrom zur „Eisernen Front“ auswirkt, den Arbeitern klar zu machen, daß und warum diese „Eiserne Front“ im Endeffekt durch ihre staatsbehaltende Politik den Sieg des Faschismus erleichtert. Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß der Sieg über den Faschismus nicht Angelegenheit einer Partei, sondern die Aufgabe der ganzen Klasse ist und das Zusammenwirken die Einheit der Arbeiterklasse voraussetzt.

Zum anderen — und das ist der „Eisernen

Front“ gegenüber das Entscheidende — müssen wir den Arbeitern klar machen, daß der Kampf gegen den Faschismus nur wirksam sein kann, wenn er zugleich ein Kampf ist gegen Lohnraub, gegen Brüningregierung, gegen das ganze kapitalistische System.

Es ist das Verhängnis der Gewerkschaften, daß sie noch völlig von den Reformisten beherrscht werden. Der Reformismus ist auf der ganzen Linie bankrott, innerhalb des Kapitalismus gibt es nichts mehr zu reformieren.

Im nur-gewerkschaftlichen Kampf ist gegen diese Tendenzen des Kapitalismus nicht mehr aufzukommen.

Die Lage erfordert und zwingt die Gewerkschaften, daß sie die Machtmittel, die in ihre Hände gegeben sind, einsetzen im politischen Kampf.

Aber kann man das erwarten von einer Führung, die es nicht einmal wagt, die bescheidenen Möglichkeiten des nur-gewerkschaftlichen Kampfes voll auszunutzen? Von Leipart, dem Vorsitzenden des ADGB, stammt das Wort: „Wir lehnen es ab, lediglich ideologische Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten. Im Gegenteil, mit Stolz erklären wir, daß wir jederzeit bereit waren und sind, die besonderen Interessen der Arbeiterschaft zurückzustellen zugunsten des allgemeinen Interesses des Volkes.“ (Zurufe: Pfui!)

Vom politischen Massenkampf, vom Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel im politischen Kampf, kann und will selbstverständlich eine solche Führung nichts wissen.

Der Frankfurter ADGB-Kongreß hat seine Hoffnungen gesetzt auf Adam Stegerwald, auf den Lohnabbau-Minister, und er war die Zentralsonne, um die alles kreiste, in welcher Tonart dort auch immer gesprochen wurde.

Die Früchte einer solchen Taktik liegen auf der Hand: ungeheurer Lohnabbau, eine phantastische Intensität und Hetzarbeit in den Betrieben, eine niegekannnte Ausplünderung der breiten Massen, Verschlechterung der Sozialpolitik — und es ist noch kein Ende abzusehen.

Der Parteitag der SAP

Der 2. Tag

Genosse Rosenfeld gibt bekannt, daß Begrüßungsgramme aus England und Rumänien eingegangen sind sowie ein Begrüßungsschreiben von Genossen, die nach Plauen gegangen sind.

Reichenbach-Düsseldorf:

Wir dürfen nicht verkennen, daß die Parole, „Der Faschismus muß geschlagen werden, ehe er zur Macht kommt“, logisch die Folge der Enthaltung ist, sonst kann er nicht geschlagen werden. Diese Tendenz scheint mir von einer besonderen Gefahr zu sein. Denn wir müssen uns darüber klar werden, daß Ziel der Kapitaldiktatur ist nicht die terroristische Herrschaft Hitlers, sondern man glaubt nur, ohne eine solche Gewalt würden die Arbeiter nicht niedergehalten werden können. Wir müssen uns klar machen, daß es die Aufgabe der SAP ist, die Arbeiter in den Gewerkschaften zu revolutionieren, daß wir uns aber in dieser Arbeit nicht irgendwelche Grenzen ziehen lassen dürfen. Wir müssen erkennen, daß auch die Formen der Organisation der Arbeiterschaft sich wandeln wie alle Formen. Als Kampffeld, als Arbeitsfeld sind die Betriebe zu sehen. Unsere Existenzmöglichkeit hängt davon ab, daß wir andere und größere Leistungen vollbringen als die bisherigen Parteien in der Lage gewesen sind.

Hebeisen-Offenbach:

Für uns wird wohl oder übel die Hauptaufgabe sein, wenn wir die reformistischen Arbeiter von der Sozialdemokratie loslösen wollen, zunächst einmal entweder die kommunistische Partei zu einer anderen Taktik zu zwingen oder aber durch unsere Tätigkeit die KPD überhaupt zu liquidieren. Aus meinem Bezirk kann ich berichten, daß wir gerade dort schon große Erfolge erzielt haben. Wir haben gerade in der Zeit vor der Thälmann-Wahl, bedingt durch unsere Haltung in bezug auf die Einheitsfrontpolitik, die kommunistische Partei bereits so stark in Widerspruch zu ihren Anhängern gebracht, daß es ihnen vor der Thälmann-Wahl fast unmöglich war, Massenversammlungen zustande zu bringen. Wir waren in der Lage, Massenversammlungen abzuhalten mittels unseres überparteilichen Kartells, wozu eine Partei allein sicher nicht imstande gewesen wäre. Wir haben allerdings diese Versammlungen nicht nur abgehalten, um irgendwelche politischen Parolen auszugeben, sondern wir haben uns auch an praktische politische Aufgaben heran gebracht. Das scheint mir ja das Wichtigste zu sein, daß man der Arbeiterschaft durch dieses Kartell die Aufgaben stellt und sie mit diesem Kartell löst. Es ist von dem Genossen Seydewitz gesagt worden, es ist viel wichtiger, die Partei zu stärken, als die Arbeit im überparteilichen Kartell zu leisten. Ich glaube, daß wir das eine tun müssen und das andere nicht lassen können. (Zuruf: Sehr richtig), daß wir gerade in der Lage sind, unsere Partei zu stärken, wenn wir dort arbeiten.

Katzenstein-Ratingen:

Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die Einheitsfront nicht eine neue Illusion, also nicht revolutionärfördernd, sondern hemmend ist. Was haben wir bisher erreicht? Wenn die KPD wirklich einmal bei dem Einheitsfrontkartellen mitmacht, so nur, um Theater zu spielen. Wir haben es in Ratingen erlebt: ganz genaue Vereinbarungen, sofort, als die KPD ihre Rednerin herausstellte, wüßte Schimpfereien gegen die SAP, also nur ein Manöver, um ihre Säle zu füllen, Leute heranzukriegen. Einheitsfront kann nur sein im Handeln. Sie kann nur auf Grundlage der Solidarität der Arbeiterklasse herausgestellt werden, wenn wir überall dafür sorgen, daß in den Betrieben, in den Gewerkschaften, dort, wo wirklich die Machtposition der Arbeiterklasse ist, einheitliche Aktionen erfolgen, die aus dem Tageskampf herauswachsen. Jede Bemühungen, von oben herab ein Gebilde hinzustellen, wird in Wirklichkeit die Einheitsfront sabotieren.

Am ersten Tag hatte noch gesprochen.

Melcher-Dresden:

Genosse Eckstein hat die Auffassung vertreten, daß es in der gegenwärtigen Lage der deutschen Arbeiterbewegung vor allem auf die revolutionäre Aktion ankomme, und daß die Fragen der theoretischen Seiten unserer Bewegung nicht von jener Bedeutung sind, wie die Frage der Aktion der Partei. Einer derartigen Teilung zwischen Theorie und Praxis muß mit allem Ernst widersprochen werden. Es ist ausgeschlossen, daß eine Partei revolutionäre Aktionen durchführen kann, wenn sie nicht vorher versucht, sich eine revolutionäre Theorie zu erarbeiten. Die Frage der Bildung der überparteilichen Kartelle, der überparteilichen Klassenwehren ist für uns entscheidend wichtig. Wir müssen die stärksten Befürworter derartiger überparteilicher Abwehrformationen werden. Der sozialistische Schutzbund muß überparteilich sein, wie wir

ihn in Dresden mit großem Erfolg überparteilich aufgezogen haben. Es geht nicht an, länger davon zu sprechen, daß wir nicht eine Parteiaktion, sondern eine Klassenaktion haben wollen, und auf der anderen Seite Hemmungen zu zeigen in der praktischen Ausführung dieser Erkenntnis. Genosse Seydewitz sagte, er sei Kommunist im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels. Eine derartige Formulierung entspricht nicht den gegebenen Verhältnissen. Marx und Engels lebten in einem Kapitalismus mit ganz anderem Gepräge, als es der gegenwärtige Monopolkapitalismus ist. Der Unterschied zwischen dem Kapitalismus von damals und heute ist so, wie zwischen der ersten erfundenen Lokomotive und den Lokomotiven von heute mit 150 km-Tempo. So muß auch unsere Erkenntnis als Kommunisten entsprechende den wirtschaftlichen Verhältnissen vorwärts geschritten sein!

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Genosse Rosenfeld verliest ein Begrüßungsschreiben der österreichischen Genossen.

Schlußwort des Genossen Seydewitz

Zur Frage der Preußenwahlen und im Zusammenhang mit der gesamten Situation in der Arbeiterklasse hatte ich vorgeschlagen, daß wir nicht nur Einheitsfrontangebote nach

der kommunistischen Seite, sondern auch nach der SPD machen. Ich kann nicht feststellen, daß in der Diskussion dieser Auffassung widersprochen wurde.

Kritik gefunden haben unsere Stellung und meine Ausführungen zur Präsidentenwahl. Von dem Gesichtspunkt aus, für die Bildung der Arbeiterfront, die Massen zu mobilisieren, war unsere Stellungnahme zur Reichspräsidentenwahl unbedingt richtig.

Der Antrag von Köln will die Meinungsfreiheit, die Diskussionsfreiheit in der Partei unterbinden. Ich möchte den Genossen empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Zuletzt hat in der Diskussion noch die Frage der Einheitsfront und der überparteilichen Kartelle eine Rolle gespielt. Wenn wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse schaffen wollen, dann müssen wir eine starke Partei schaffen, mit der wir die Einheitsfront gegen die Hindernisse erzwingen, die von der KPD und SPD errichtet werden.

Genosse Portune erstattet dann

Bericht der Mandatsprüfungskommission

95 Delegierte sind erschienen, 5 Delegierte von der KPD, außerdem vertreten 5 Genossen Doppelmandate. 5 Delegierte fehlen: 1 aus Hessen-Nassau, 1 aus Leipzig, 2 aus Südwestfalen, 1 Genosse aus Westfalen-Süd kann das Mandat nicht übernehmen. Es sind ferner am Presstisch erschienen 17 Vertreter von 12 verschiedenen Zeitungen. Sämtliche Mandate sind geprüft und für richtig befunden.

Die Programmdebatte

Genosse Seydewitz teilt mit, daß der Parteivorstand beschlossen hat, um eine gründliche Diskussion und Klärung zu ermöglichen, bevor das endgültige Parteiprogramm beschlossen wird, auf diesem Parteitag nur eine Prinzipienklärung und ein Aktionsprogramm anzunehmen. Diese Frage soll mit zur Debatte gestellt und nach Schluß der Debatte endgültig entschieden werden. Weiter macht Genosse Seydewitz den Vorschlag, denjenigen Genossen, die eigene Programmwürfe vorgelegt haben, eine verlängerte Redezeit zur Begründung zu gewähren. Ebenso einem Vertreter derjenigen Genossen, die eine eigene Prinzipienklärung vorgelegt haben, die die statutenmäßig notwendigen 15 Unterschriften erhalten hat. Für sie soll die Genossin Anna Siemen sprechen.

Der von den Genossen Düby, Rück, Schaber vorgelegte Entwurf hat auf dem Parteitag nicht die 15 Unterschriften erhalten.

Trotzdem schlägt Genosse Seydewitz vor, auch dem Genossen Rück zur Begründung eine verlängerte Redezeit zu gewähren. Diese Vorschläge werden vom Parteitag einstimmig gebilligt. Das Referat zur Prinzipienklärung hält Genosse Zweiling, das über das Aktionsprogramm Genosse Weckerle.

Klaus Zwelling:

Die SAP hat sich ein Programm zu schaffen. Dieses Programm bzw. die Prinzipienklärung, die wir vorläufig an seine Stelle setzen, hat die Aufgabe, der Partei ein festes theoretisches Fundament zu geben. Dieses feste Fundament muß der dauernden weiteren Diskussion der Partei unterliegen. Daß die Prinzipienklärung und das Aktionsprogramm bedingungslos bindend sein muß bis zur eventuellen Abänderung, die allein ein neuer Parteitag beschließen kann.

Ich möchte nun den Blick der Genossen auf die Programme der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung richten, die unserem Programm vorausgegangen sind. Das erste wirklich marxistische Programm war das kommunistische Manifest, es entstand 1848 in einer Zeit, wo der Austrag der Klassenkämpfe im revolutionären Endkampf unmittelbar bevorzustehen schien. Daher stand im kommunistischen Manifest im Zentrum das Problem des Kampfes um die Macht.

Im Erfurter Programm von 1891 sehen wir ein ganz anderes Bild. Dieses andere Bild ist nur zu verstehen, wenn man die gesellschaftliche Situation bedenkt, die damals herrschte, nämlich der gewaltige Aufschwung des Kapitalismus in Deutschland, in der ganzen Welt die Epoche der großen imperialistischen Ausdehnung des Weltmarktes. Die kapitalistische Macht ist so stark, wie nie zuvor, und so verschwindet im Erfurter Programm der Kampf um die Macht, und an die Stelle des Kampfes tritt ein Auseinanderfallen des im kommunistischen Manifest einheitlichen Programms in zwei völlig voneinander getrennte Teile. Nicht Aktuelles wie im kommunistischen Manifest ist darin enthalten, keine Anweisung, wie dieser Kampf tatsächlich zu führen ist. So bedeutete dieses Erfurter Programm den Beginn der reformistischen Praxis. 1918 in Deutschland genügte das Erfurter Programm nicht mehr, denn jetzt stand der Kampf um die Macht aktuell auf der Tagesordnung. Es fehlte das Programm, mit dem man in der Praxis etwas anfangen konnte,

Dann kommt im Jahre 1925 das Heidelberger Programm. Das, Genossen, zieht nur die Schlußfolgerungen daraus, daß man in einer Situation, wo der Kampf um die Macht aktuell war, diesen Kampf nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Es ist der Beginn der reformistischen Praxis, es steht hundertprozentig auf dem Boden des Kapitalismus.

So ist das Heidelberger Programm völlig ent Fremdet jedem revolutionären Marxismus.

Und dann kommt 1927, mitten in der stabilen Zeit des Kapitalismus, das Linzer Programm. Es ist in ihm zwar im Gegensatz zum Erfurter Programm die Rede vom Kampf um die Macht, aber es wird gesagt, daß sehr große Möglichkeiten bestehen, daß die Arbeiter, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, innerhalb des Kapitalismus die Mehrheit des Volkes gewinnen. Das ist eine gefährliche Illusion. Ich will nun ebenso ein paar kurze Worte über die kommunistischen Programme sprechen.

Das erste kommunistische Programm entstand 1918 auf dem Gründungstag der kommunistischen Partei. Es ist das Spartakusprogramm, das Rosa Luxemburg vorgelegt hat. Es wird zurückgekehrt zu dem Gedanken des Kampfes um die Macht.

Das ist kein Minimalprogramm, Genossen, sondern ein Aktionsprogramm.

Und nun, Genossen, folgt dann die Entwicklung der kommunistischen Partei, die ihre Krönung findet in dem kommunistischen Weltprogramm, das der Weltkongreß der kommunistischen Internationale 1928 endgültig verabschiedet hat. Damals, Genossen, stand am Horizont bereits die drohende Krise. Hier ist eine gewaltige Klärung aller Grundsätze vorgenommen. Ich möchte hier sagen, in mehr als einem Punkte bedeutet dieses kommunistische Weltprogramm das reifste, durchdachteste, was die marxistische Arbeiterbewegung bisher zustandegebracht hat. Aber, der entscheidende Mangel dieses Programms, der wesensverbunden ist mit den Fehlern der kommunistischen Politik, ist, daß ein Aktionsprogramm vollständig fehlt.

Was ist nunmehr die Aufgabe, die unser Programm zu erfüllen hat? Es muß zunächst bei uns im Zentrum des Programms stehen der Kampf um die Macht.

Ich bin im Gegensatz zu dem, was gestern der Gen. Eckstein sagte, der Meinung, daß die Programmdiskussion unserer Partei außerordentlich wichtig ist. Wenn man sagt, es kommt weniger auf Worte an, als auf die Aktion, so ist das von dem Gesichtspunkt aus richtig, daß das Wort wertlos ist, wenn die Aktion nicht das Wort in die Tat umsetzt. Daraus zu schlußfolgern, daß die Debatte um das Programm eigentlich in 2., 3. oder gar 10. Linie kommt, führt in der Praxis zu dem, was man Opportunismus nennt.

Und nun ein paar Worte zu unserer Prinzipienklärung selbst. Es wird auch in der Prinzipienklärung der Kampf um die Macht aufgestellt, und das bedeutet mit anderen Worten unsere Stellung zum Staat, die im Zentrum, im Schwergewicht des Programms stehen muß.

Engels hat in seiner Schrift gegen Prof. Eugen Dühring am klarsten ausgesprochen, daß der bürgerliche Staat zertrümmert werden muß und daß die Arbeiterklasse einen neuen Staat zu schaffen hat. Staat, das ist immer ein Unterdrückungsinstrument einer Klasse, und das steht ausdrücklich in unserem Programm. Das Wesen des proletarischen Staates ist auch Unterdrückungsmaschine, aber in den Händen

der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Und er muß sein und wirken, solange der langwierige Prozeß bei Ueberführung aller Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft noch nicht vorgenommen worden ist.

Mit der SPD besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz, denn wir stehen auf verschiedenem Boden, die einen auf dem Boden des bürgerlichen Staates und seiner Gesellschaft, an der sie im besten Falle hermflicken wollen, in Wirklichkeit aber nicht können. Gegen die KPD, und ich will sagen, gegen die KPD-Politik ist unsere Abgrenzung genau so scharf wie gegen die SPD-Politik. Aber mit der kommunistischen Bewegung stehen wir grundsätzlich auf dem gleichen Boden des Kampfes zur Zertrümmerung des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Klassenmacht, die durch diesen Staat ausgeübt wird. Das bedingt bei allem Gleichgewicht der Schärfe in der Abgrenzung eine verschiedenartige Form in der Abgrenzung gegenüber den beiden Parteien. Wir haben versucht, das in der Prinzipienklärung zu treffen.

Sowjetrußland wird vermutlich in der Debatte eine große Rolle spielen und es hat in den Debatten zur Vorbereitung der Prinzipienklärung die größte Rolle gespielt. Die Sowjetunion ist der erste Staat der proletarischen Macht, ist der erste Staat, in dem das Proletariat die Macht an sich riß. Aus diesem Grunde allein ist Sowjetrußland der Vorposten, oder wie es unsere Prinzipienklärung noch deutlicher sagt, das Bollwerk der proletarischen Revolution. Dort werden zum ersten Male die Erfahrungen gesammelt im Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, selbstverständlich unter Bedingungen besonderer Natur, die aber im Grundsätzlichen das Fundament liefern, auf dem wir arbeiten können, um uns viele der bitteren Erfahrungen zu ersparen, die die Russen haben machen müssen. Das andere politische Problem ist das: daß dort in Sowjetrußland, gerade weil es ein isoliert revolutionärer Staat blieb, wurden die Voraussetzungen geschaffen für eine sehr gefährliche Ideologie: daß der Aufbau des Sozialismus in einem isolierten Lande unmöglich sei.

Das hat zur Folge, daß die anderen niemals so weit kommen, etwas zu tun. (Zwischenruf Ledebours, das sei die Politik der Impotenz). Wie kann man da von Politik der Impotenz reden, wenn man das so formuliert wie ich eben. (Das ist eben der Widerspruch, Ledebour). Ja, das ist der Widerspruch, der gegeben ist durch die Gegensätze zwischen dem sozialistischen Aufbau und der kapitalistischen Welt.

Ein Wort zur Frage des Krieges. Wir stellen in unserer Prinzipienklärung klar und eindeutig die marxistischen Grundsätze zum Krieg auf und grenzen uns deutlich ab von jenen Gedanken, die da meinen, man könne im Kapitalismus überhaupt eine wirkliche Friedenspolitik machen. Wir sagen ganz klar, gewiß, man kann einen Gefahrenherd einmal durch Abkommen und Schiedsgericht beseitigen, aber nur unter der Bedingung, daß man eine neue imperialistische Front gegen einen Dritten schafft, eine neue imperialistische Front, die die an der einen Stelle erstickte Kriegsgefahr an der anderen Stelle umso größer aufflammen läßt.

Genossen, diskutiert über alles, diskutiert über das Aktionsprogramm, über die Prinzipienklärung, aber in der Aktion muß jeder bedingungslos nach anderen stehen. Und wer glaubt, nicht verantworten zu können, was die Mehrheit beschlossen, der hat in der Aktion beiseite zu treten und abzuwarten, bis die Aktion durchgeführt ist. Den Weg weist das Aktionsprogramm, und jeder einzelne von uns ist verpflichtet, auf dem Boden, im Rahmen der Prinzipienklärung und des Aktionsprogrammes, bis sie einmal geändert werden sollten, Schulter an Schulter in der Aktion geschlossen nach außen zu wirken. Den Boden zu schaffen, das ist der Sinn unserer Prinzipienklärung.

Genosse Weckerle

Das Aktionsprogramm, das wir vorlegen, weist gegenüber dem Heidelberger Aktionsprogramm selbstverständlich grundsätzliche Unterschiede auf. Alles was das Heidelberger Programm an Tageslosungen fordert, ist nur haltbar unter der Annahme einer ewigen Blüte des Kapitalismus. Hier ist der grundsätzliche Unterschied mit unserem Aktionsprogramm. Sehen die Gewerkschaften heute auch mehr und mehr den vollkommenen Bankrott ihrer bisherigen Methoden ein, so ziehen sie daraus noch nicht die Konsequenz, daß die Arbeitererschaft den Kampf aufzunehmen hat gegen das kapitalistische System selbst, sondern sie versuchen von oben herunter so etwas wie einen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft vorzunehmen. Wir müssen immer als erste Aufgabe stellen die Eroberung der politischen Macht.

Unser Aktionsprogramm ist in seiner gesamten Tendenz auf diese Eroberung der politischen Macht angelegt. Es ist nicht eine Wunschliste, die wir an einen bürgerlichen Staat stellen, sondern es enthält die Losungen, die die Arbeiterschaft in Aktivität versetzen soll. Wir sind uns vollkommen bewusst, daß die Arbeiterschaft für Endlösungen niemals zu mobilisieren ist, und hätten wir dieses Bewußtsein bis heute nicht gehabt, es wäre die Lehre des 13. März.

Ich glaube, es ist unsere höchste Pflicht, heute propagandistisch tätig zu sein, die Arbeiterschaft aufzurütteln.

Ausführlich geht Genosse Weckerle dann auf die Einzelforderungen des Aktionsprogramms ein.

Mit verlängerter Redezeit nur Begründung eines Gegenentwurfs zur Prinzipienklärung führte

Genossin Anna Siemsen

folgendes aus:

Ich habe den Auftrag, für diejenigen, welche einen Gegenentwurf gegen die Prinzipienklärung des Vorstandes eingebracht haben, die Begründung zu geben, weshalb dieser Entwurf von uns eingebracht wurde. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir in einer objektiv revolutionären Situation subjektiv eine Schwächung des Proletariats bis zur Aktionsunfähigkeit haben infolge der Politik der beiden großen proletarischen Parteien, welche beide durch ihre Apparatherrschaft es unmöglich gemacht haben, daß das deutsche Proletariat die gegenwärtige Situation erkennt. Demgegenüber ist die

Aufgabe, die die SAP zu lösen hat, die subjektiven Voraussetzungen für die Revolution zu schaffen

durch Klarstellung der gegebenen Tatsachen, durch Revolutionierung des Bewußtseins durch Auflockerung und Sprengung der starren und aktionsunfähigen Massen in den großen Parteien. Um das zu vermögen, brauchen wir bei uns selbst die Klarheit des Bewußtseins.

Wir sind heute, wie der Genosse Ledebour mit Recht hervorgehoben hat, einig in zwei großen Grundtatsachen, nämlich in dem Bewußtsein, daß die Krise des Kapitalismus uns vor die Notwendigkeit stellt, den

Sozialismus heute, d. h. zu unseren Lebzeiten zu verwirklichen

und in der Erkenntnis, daß das nur geschehen kann auf dem Wege der Revolution. Wir sind aber in ungeheurer vielen entscheidenden Fragen noch nicht zu einer klaren Einheit gekommen. Wir können diese Einheit nur erreichen auf dem Wege einer freien und ungehemmten Diskussion. Und unsere Diskussionen können nur den Zweck haben, eine Basis für diese Diskussion zu schaffen. Was uns veranlaßt hat, den Entwurf zu einer eigenen Prinzipienklärung vorzulegen, das ist die Überzeugung, die auch der Genosse Zweiling als Notwendigkeit für einen solchen Prinzipienentwurf hinstellte, nämlich, daß er ein festes theoretisches Fundament sein soll. Das ist aber in dem vorliegenden Prinzipienentwurf nicht hinreichend gegeben.

Wir haben den Entwurf fertigstellen müssen in sehr kurzer Zeit, in ungeheurer eiliger Arbeit. Wir legen uns deshalb nicht fest auf irgendeine Formulierung unserer Prinzipienklärung, sondern wir werfen diese Prinzipienklärung nur hinein in die Diskussion. Und dabei, Genossen und Genossinnen, eine Nebenbemerkung, die hier nach der bisherigen Diskussion, auch gerade nach dem, was der Genosse Zweiling heute morgen gesagt hat, dringend notwendig scheint.

Es wird immer wieder gesprochen von „reformistischen“ — ich nehme jetzt die Worte der gestrigen Diskussionsredner auf —, „halb-reformistischen“ und „spießbürgerlichen“ oder „kleinbürgerlichen Abweichungen“, die nicht zur Diskussion gestellt werden dürfen. Nach meiner Überzeugung ist der Reformismus tot, so mausetot, daß man ihn auch nicht als Gespenst mehr erwecken darf. Wir haben einen Reformismus gehabt in einer Zeit, als die Situation so war, daß für den Reformismus Raum war. Heute ist für den Reformismus kein Raum, sondern heute ist Raum für zweierlei: für eine

revolutionäre Einstellung, die sich bewußt ist, daß wir mit jedem Vorschlag, mit jedem Kampf um eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse über den Rahmen des heutigen krisenzerissenen Kapitalismus hinausgehen,

also für eine revolutionäre Einstellung. Das ist das, was wir bei der Politik der Sozialdemokratischen Partei vermissen, die infolgedessen immer mehr aufhört, reformistisch zu sein, und konterrevolutionär geworden ist. Diese Feststellung mache ich vorweg des-

wegen, weil wir, die wir hinter dieser Prinzipienklärung stehen, ja von einer ganzen Reihe von SAP-Genossen von vornherein in die Wolfsschlucht des Reformismus hineingeworfen werden, weil wir bestimmte präzise Forderungen und Feststellungen machen.

Wir haben uns in unserer Analyse an das kommunistische Manifest gehalten, dessen höchst aktuelle Formulierung heute immer wieder für uns leitend sein muß. Von dieser Analyse ausgehend, stellen wir fest: das Programm, das uns heute gestellt ist, ist der

Sozialismus in unserer Zeit.

Wir stellen weiter fest, daß diese unvermeidlich gewordene Revolution nur durchgeführt werden kann von der Mehrheit des deutschen Proletariats.

Das besagt nicht, daß diese Mehrheit organisiert sein muß in einer bestimmten Partei. Es besagt noch weniger, daß wir daran denken, daß diese Mehrheit eine parlamentarische Mehrheit sein müsse. Wie wenig wir den revolutionären Kampf als einen parlamentarischen Kampf ansehen, das sollte der ganze Prinzipienentwurf zeigen.

Wir müssen uns aber abgrenzen gewissen Strömungen gegenüber, die noch immer glauben, in Teilkaktionen einer proletarischen Minderheit Möglichkeiten eines Erfolges zu sehen. Wir erlernen auch daran, Genossen, daß gerade dieser Punkt auch geführt hat zu der Trennung des Genossen Levi von der Kommunistischen Partei, und hier glaube ich, daß wir allen Anlaß haben, um Illusionen auch bei uns entgegenzutreten, diesen Punkt mitten in die Diskussion hineinzuerwerfen. Wir halten es für notwendig dann weiter festzustellen, daß

zur Gewinnung dieser proletarischen Mehrheit, die hinter unseren revolutionären Aktionen zu stehen hat, der Ausgangspunkt sein muß der wirtschaftliche Kampf,

der notwendigerweise jetzt zu einem politischen Kampf jederzeit umgestaltet werden muß. Wir stellen uns auf den Boden der proletarischen Diktatur, wir sehen in dieser proletarischen Diktatur in einem Lande wie Deutschland die Diktatur der Mehrheit der Bevölkerung über die Minderheit. Wir glauben, daß es notwendig ist, die besondere Funktion, die hierbei den Räten zukommt, in der Diskussion ausführlich klarzustellen, weil das ein Punkt ist, in dem wir heute immer viele Schlagworte, aber sehr wenig aus der Praxis begründetes zu hören bekommen.

Entscheidend ist für uns weiterhin die Frage der Internationalität; wir stehen durchaus auf dem Standpunkt, daß die Aufgabe nach der Machtergreifung die Sozialisierung sein muß, daß diese Sozialisierung aber großen Schwierigkeiten begegnet, wenn wir nicht international arbeiten, und daß deswegen die engste Zusammenarbeit mit dem internationalen Proletariat vor der Machtergreifung einzuleiten ist. Es ist einer der schwersten Fehler aller unserer proletarischen Parteien, daß die außenpolitischen Fragen einen viel zu geringen Raum einnehmen. Wir glauben allerdings, daß die zweite Internationale heute überhaupt keine Internationale ist, daß sie sich in stärkster Gärung befindet, daß wir aber Rücksicht nehmen müssen auf diese Gärung, und mit all denjenigen linksgerichteten Genossen in der zweiten internationalen Fühlung nehmen müssen, die zu dieser Fühlungsbereitschaft sind.

Ich möchte nun zu unserem Schlußparagrafen kommen. Dieser Paragraph ist für uns der allerwichtigste, weil wir als unsere Hauptaufgabe innerhalb und außerhalb der Partei die Klärung des Bewußtseins betrachten. Deshalb legen wir entscheidendes Gewicht darauf, daß nichts die freieste Diskussion innerhalb unserer Partei unterbinden darf. Die Anträge des Genossen Meier, Köln, sind heute abgewiesen worden

gegen acht Stimmen. Acht Stimmen, Genossen, ist solchen Anträgen gegenüber schon viel zu viel, denn diese Anträge beweisen ein Maß unmarxistisch, dogmatisch, konterrevolutionären Denkens, das sich in der SAP überhaupt nicht zeigen dürfte (Beifall). Das sind Krankheits-symptome, die wir übernommen haben aus den Parteien, aus denen wir gekommen sind. Aber diese Krankheit steckt uns noch im Körper. Der unmarxistische Glaube, daß eine Einheit käme aus irgend etwas anderem als aus der Analyse der Tatsachen, aus der Bewußtseinsklärung, die auf dieser Tatsachenanalyse beruht, der dogmatische Glaube, der meint, daß irgendeine Linie hundertprozentig göttliche Offenbarung sei. Ob diese göttliche Offenbarung vom Berge Sinai stammt oder vom Papst in Rom oder vom Gen. Rück, das ist gleich.

Es ist die gleiche Auffassung, die da zugrunde liegt. Und das, Genossen, ist das konterrevolutionäre Gift, das wir ausschneiden müssen, und darum kämpfen wir um unseren Entwurf und besonders um unsern Schlußparagrafen, daß es sich nirgends bei uns mehr durchsetzen darf, und wo wir ihm begegnen in der SAP, mag es sich nun verhüllen unter radikalen Redensarten, die im Grunde nichts bezwecken, als höchst unradikal zu verhindern, daß man den Dingen auf den Grund geht, mag es sich verhüllen in der pseudorevolutionären Ablehnung von uns Reformisten. Ich tröste mich damit, wenn Marx noch lebte oder Rosa Luxemburg, dann wären sie mit mir in dieser Wolfsschlucht, Marx wegen seines „Kapitals“, das eine reformistische Abirrung von der reinen Linie des Kommunistischen Manifestes ist, Rosa Luxemburg wegen derjenigen Sätze, die heute morgen der Genosse Zweiling vorlas und die ganz rein reformistisch waren.

Das ist nicht das Gefährliche, Genossen, sondern eine derartige Auffassung behindert, daß die revolutionäre Situation sich umsetzt in revolutionäres Bewußtsein aus Erkenntnis der Tatsachen. Um das zu verhindern, bitte ich Sie, wenn Sie unseren Entwurf nicht annehmen, wenigstens diesem Schlußparagrafen zuzustimmen.

Bei Schluß der Redaktion dauern die Verhandlungen an. Wir berichten über die weiteren Diskussionsreden in unserer nächsten Ausgabe.

SAP-Parteitag gegen Verbot der „Roten Fahne“

Der Parteitag der SAP nahm am Freitag einstimmig folgende Entschliebung an:

Der Parteitag der SAP protestiert gegen das erneute Verbot der „Roten Fahne“ unter nichtiger und willkürlicher Begründung. Er erblickt in dieser Tatsache und ihrer Begründung einen weiteren Schritt auf dem Wege der Entwicklung zum Faschismus mit dem Ziel der Unterdrückung aller Freiheitsrechte und Agitationsrechte des deutschen Proletariats. Aus dem Gedanken der proletarischen Solidarität und aus dem gemeinsamen Klasseninteresse erfolgt daher vor aller Öffentlichkeit dieser Protest.

Verbot der Lappo-Bewegung

Helsingfors, 24. März.

Das finnische Innenministerium hat am Donnerstag abend die weitere Tätigkeit der Lappo-Bewegung verboten. Die Maßnahme wird begründet mit gesetzwidrigen Handlungen.



Peter Voß, der Millionendieb

Uraufführung im Berliner Capitol

Berlin, 24. März 1932.

Der Regisseur E. A. Dupont hat ein Thema gewählt, das er selbst nicht ernst nimmt, er hat es gewählt, weil er es nicht ernst nimmt. Der Regisseur hat Witz, er ist ironisch, und ohne Ironie ist ein Detektivfilm nicht mehr zu machen. Dieses Thema ist ihm nicht Selbstzweck gewesen, sondern nur ein Mittel, um ein Wunder der Regiekunst zu demonstrieren. Man verstehe nicht falsch: die Regie verewaltigt niemals das Thema, Dupont spielt nur damit, mit der Ueberlegenheit des konstruktiven Künstlers. Er verbiegt und verfälscht nichts, er läßt nur aus, und das bedeutet gewiß schon viel, wenn man den Romanblock kennt, den selbst Atlas nicht mehr zu tragen vermöchte, geschweige denn der Mensch unserer Zeit. Aber was er zeigt, ist zurechtgehauen, zerlegt und wunderbar rekonstruiert. Die Szenenquadern sind miteinander verwachsen, sie überschneiden sich, sind ineinandergeschachtelt. Die Situationen wechseln beständig, ohne daß die innere Einheit des Aufbaus je zerstört wurde.

Dupont liebt Kontraste, die zu erschütternder Situationskomik führen. Während das Bild wechselt, gibt die Person der zweiten Szene ihrem Partner Antwort auf eine Frage, die eine Person des vorhergehenden Bildes an ihren Partner richtete. So werden witzige und paradoxe Zusammenhänge geschaffen zwischen Parallelhandlungen. Dupont betrachtet nichts getrennt, er zeigt Querschnitte, nirgends ein Untereinander, immer ein kunstvolles Ineinander. Die Handlung wird vereinfacht, konzentriert, zusammengedrängt, sie ist wie ein gewirkter Teppich, dessen verschiedene Fäden zu einem einheitlichen Ganzen kunstvoll verarbeitet sind. Ein Telegramm ist nicht mehr ein zu Papier gebrachter Gedanke, sondern Handlung, es gibt keine Abstrakta, sie konkretisieren sich vor unseren Augen. Dupont quatscht nirgends, er stellt dar, er gestaltet. Diese Regietechnik ist glänzend. Mit sparsamsten Mitteln wird eine Szene umrissen. Drei Worte Unterhaltung, eine Geste, abblenden — verstanden.

Was höre ich? Wir haben andere Sorgen als Schauspieler uns anzusehen, die an Belanglosigkeit ihre Kunst zeigen? Richtig, richtig, aber wenn alles sinnlos in diesem Filmthema sein sollte: hat es nicht einen tieferen Sinn, daß über Nacht in einem Banktresor aus drei Millionen zwei werden, und daß in der Zeit, wo drei Menschen eine aufregende Abenteuerfahrt machen, die zwei Millionen sich wieder auf drei erhöhen? Telegrammtext: „Der Diebstahl war kein Diebstahl!“ Eine verwirrende These kapitalistischer Logik. Kein Diebstahl im juristischen Sinne, sondern ein ordnungsmäßiges, einwandfreies Geschäft! Aber jedes Geschäft des Kapitalismus ist Diebstahl am Proletariat, den heute noch kein Paragraph erfaßt. Eine Flucht vor dem Aktiensturz, und happy end infolge der Hausse. Dieser technisch hervorragende Film ist gerade, und nicht zuletzt wegen dieses Hinweises auf den sinnlosen Hasardspiel-Charakter des Kapitals, der Arbeiterschaft zu empfehlen.

Von den Darstellern seien erwähnt: Willi Forst als Peter Voß, Alice Treff als Polly, Paul Hörbiger als Bobby Dodd und Ida Wüst als Madame Bianca. Es gab viel Beifall bei offener Szene und vor allem am Schluß, als sich einige der verdienten Schauspieler dem zufriedenen Premierenpublikum zeigten.

Herbert Duckstein.



Ein gottloses Buch

In der Reihe Der Rote 1-Mark-Roman, die der Internationale Arbeiterverlag herausgibt, war unter dem Titel „Sturm auf Essen“ ein Buch erschienen, das die Kämpfe der revolutionären Arbeiter des Ruhrgebiets im Frühjahr 1920 schildert. Vor kurzem hat man entdeckt, daß sein Inhalt staatsgefährlich ist, und das Buch ist der Beschlagnahme verfallen. (Artikel 118 der Deutschen Reichsverfassung: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern... Eine Zensur findet nicht statt.“)

Der Autor des „Sturm auf Essen“ heißt Hans Marchwiza. Von ihm ist jetzt im Verlag für Arbeiterkultur, Berlin N 54, ein neues Buch herausgekommen, auf das hier hingewiesen sei. Es heißt „Vor Verdun verlor ich Gott“ und enthält sechs gottlose Geschichten. Eindrucksvoll wird in der ersten — die dem Buch den Namen gab — ein Bild des Kriegsgreuels gezeichnet, nicht nur politisch sauber, auch schriftstellerisch gut geformt. Auch die letzte Geschichte, die von einem revolutionären Kämpfer und seinem Tod für die Klassengenossen erzählt, packt stark durch Stoff und Gestaltung. Alex Keil illustrierte die einzelnen Erzählungen in tref-

fender Weise und schuf einen Einband, aus dem der Kämpfergeist spricht, von dem das Buch erfüllt ist

Preis: Trotz Ganzleinenbandes nur 1 Mark. Also wirklich etwas für die Arbeiterbibliothek!

Sport und Arbeitersport

Das Sportbuch der Büchergilde kostet nicht 4,80 RM, sondern nur mehr 2,70 RM.

Ethos der Beschränktheit

Hanns Johst, Poet des 3. Reiches

„Frollein, tragen Sie Seele, det hebt Innan!“ Die Seele ist das Korsett jener Zeitgenossen, denen das Denken unsympathisch ist. Sie gibt dem Herzen neuen Halt. Und wenn das Herz laut schlägt, schläft das Gehirn leise ein.

Worte sind der magere Köder, nach denen die Seele schnappt. Sie berauscht sich daran. Die junge Generation der politischen Rechten treibt Wortfetischismus. Werft ihr einen Wortknochen vor die Füße — etwa das Wörtchen: deutsch! — und sie versinkt in seelische Umnachtung. Herz und Unterleib — alles vertauscht.

Man lese sich, um diese Behauptungen verstehen zu können, nur einmal durch, was der „Völkische Beobachter“ über Hanns Johst, den poetischen Byzantiner Adolfs, zu sagen weiß:

„Am Anfang der Kunst Hanns Johsts steht

seine unbedingte leidenschaftliche Deutscht-

heit.“ Was steht da? Deutscht: das ist eine (abgesehen von der sprachlichen Barbarei) vage Umschreibung eines noch viel vageren Begriffs: Seelengläubigkeit. Was das nun ist? Frage nicht, denke nicht, sondern glaube! Laß dich einullen von Worten, die du nicht verstehst.

Hanns Johst: „Ich bin ein Deutscher!! Somit weiß ich deutlich, daß sich das Leben nicht mit dem Gehirn verewaltigen läßt... Mit aller Leidenschaft meines Wesens erstrebe ich eine Kunst, die Ausdruck meines Volkes wird durch die Begrenzung der Sprache.“

Wieso kann aus dem Umstand, daß jemand Deutscher ist —, du fragst, wer denn eigentlich Deutscher ist? Unsere für diese Frage zuständigen Mitbürger antworten: „Grün ist ein Gegenstand, der grüner Farbe ist.“ Hanns Johst und seine intellektuellen Leidensgefährten glauben, daß sie Deutsche sind, weil sie deutschen Blutes seien. Wieso kann aus dem plausiblen Umstand, daß jemand Deutscher ist, nun ein bestimmtes Wissen abgeleitet werden? Aus geistiger Unklarheit und der Unfähigkeit, Begriffe zu bestimmen, geht er von einer Voraussetzung aus, die keine ist: da ich nicht klar denken kann (demnach eine „deutsche“ Eigenschaft), will ich auch nicht klar denken können.

Der Poet des 3. Reiches ist stolz auf eine Eigenschaft, die er für typisch deutsch hält (wir anderen Deutschen verwahren uns gegen die Unterstellung, daß sie es ist!), die er im Grunde aber nur mit jedem Men-

schaffen teilt: die Kleinheit des Gehirns und die Größe des Herzens. Und da im Herzen die Seele wohnen soll, hat auch diese die entsprechende, germanische Kapazität.

Weil niemand sagen kann, was „Seele“ ist, darum glaubt Hanns Johst daran. Die Seele ist das Mikrophon des Blutes. Das Herz ist Sendestation. Die Adern sind die Kabel. Jeder Körperteil verlangt sein Recht. Und je nach den Jahreszeiten mit verchiedener Intensität. Wenn Hanns Johst an „eine kommende deutsche Kunst im Zeichen der deutschen Seele“ glaubt, dann bin ich der Ansicht, daß des Münchener Hauspoeten Pornographie entbehrlich sein dürfte, da jene Kunstgattung ohne rationale Filtration ungenießbar zu sein pflegt...

Versteht ihr, was gemeint sein könnte mit „der blutgebundenen Einheit seines dichterischen Schaffens“? Früher sprach man höchstens von der ledergebundenen Einheit des dichterischen Schaffens. Tempora mutantur...

Literarische Seelenwanderung. Nur ein kurzes Wegstück: ... brennende Sehnsucht nach dem dritten Reich der deutschen Seele ihre endliche Erfüllung gefunden haben wird.“

Nebenan ruft jemand: Bravo! Er war gerade mit einer Kalkulation beschäftigt, wieviel Prozent Dividenda die Rüstungsindustrie in diesem Jahre ausschütten wird.

Übrigens wirkt Giftgas viel schneller, wenn die Menschen schon vorher eingeschlafen sind. Hanns Johst weiß das...

Herbert Duckstein.

Märchen von Karl Kautzsch

Der Genosse Ludwig Hacke-Plauen schreibt uns: Die Verlegung des Parteitag der SAP von Plauen nach Berlin gibt dem Karl Kautzsch in Zwickau Veranlassung, über die „Hintergründe“ dieser Verlegung die haarsträubendsten Kosakennachrichten im „Sächsischen Volksblatt“ zu veröffentlichen. Die Brocken, die Karl Kautzsch als Türhörer vor einer Telefonzelle aufgeschnappt hat, hat er unter Zuhilfenahme seiner dürftigen Phantasiegebungen zu einem Märchen zusammengebaut, das ebenso dumm ist wie sein vor einiger Zeit veröffentlichter Bericht über den Bezirksparteitag der SAP, aus dem die Delegierten der SAP mit Staunen erfuhren, daß Otto Seidel und Walter Fischer um die Führung des Bezirks gebot haben.

Daß Genosse Zweiling telephonisch diktatorisch die Zahl der Delegierten des Bezirks habe beschränken wollen, wogegen ich heftig protestiert hätte, ist blühender Unsinn, im Kopf von Karl Kautzsch gewachsen. Ich habe mich mit dem Genossen Zweiling lediglich über die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses des Parteivorstandes für den Bezirk Südwestsachsen unterhalten und darauf hingewiesen, daß der Bezirksvorstand mit der Finanzierung seiner Delegierten sich auf Plauen und nicht auf Berlin eingestellt habe, daß der zur Finanzierung des Parteitages erhobene Sonderbeitrag nicht ausreiche, andererseits aber eine Beschränkung der Delegiertenzahl, die von Zweiling gar nicht gefordert wurde, nicht mehr möglich sei.

Daß über die Verlegung des Parteitages in den Reihen der SAP-Genossen des Bezirks Verstimmung herrschte, ist richtig und braucht keineswegs geleugnet zu werden. Ich bin in dieser Frage ebenfalls anderer Ansicht als die Mehrheit des Parteivorstandes. Daß eine so untergeordnete Frage Anlaß zu Austritten aus der SAP gegeben habe, glaubt Karl Kautzsch selber nicht. Der von ihm genannte einzige Fall hat mit der Verlegung des Parteitages nichts zu tun.

Daß die Behauptung Karl Kautzschs, die Leitung des Plauerer Gewerkschaftshauses sei von der Verlegung des Parteitages nicht benachrichtigt worden, unwahr ist, hat mir der Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses, der Parteigenosse des Karl Kautzsch ist, selber versichert.

Ueber das Gejubilieren von den „leeren Kassen“ der SAP nur soviel: Der Bezirk Südwestsachsen der SAP war bisher in der Lage, seine Aufgaben aus den eingehenden Beiträgen zu finanzieren und seine Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abzuführen, der Bezirk Südwestsachsen der SPD war im letzten Vierteljahr 1931 — wie aus seinem gedruckten Geschäftsbericht hervorgeht — nicht in der Lage, seine Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abzuführen. Er hat darüber hinaus noch einen Zuschuß des Parteivorstandes in Höhe von 19 000 Mark verwirtschaftet. Wo da finanzielle Gesundheit herrscht, überlassen wir jedem logisch Denkenden zur Entscheidung.

Wie faul die Bombe Karl Kautzschens ist, geht aus dem Verhalten der „Plauerer Volkszeitung“ hervor, der diese Geschichten denn doch zu stark nach Schwindel riechen, so daß sie darauf verzichtet, sie zu verbreiten. Aus politischer Anständigkeit macht sie das gewiß nicht.

Wahlkreis-Konferenz des Unterbezirks Koblenz

Die vom Unterbezirk Koblenz einberufene Unterbezirkskonferenz fand in Kreuznach statt. Nach einem kurzen Referat des hessischen Landtagsabgeordneten, Genossen Ohlhorf, über die politische Lage, erfolgte die Nominierung der Kandidaten zum Preussischen Landtag. Folgende Genossen wurden vorgeschlagen:

1. Max Seydewitz, Redakteur, Berlin.
2. Fritz Fuhr kaufm. Angestellter, Kirm.
3. Josef Duas, Landwirt, Vallendar.
4. Emil Bohr, Kontorist, Kreuznach.
5. Krieger, Arbeiter, Engas.
6. Anton Necker, Arbeiter, Vallendar.
7. Theodor Höflich, Bauhilfsarbeiter, Kirm.
8. Wilhelm Brukhof, Eisenbahnarbeiter, Pfaffendorf.
9. Kurt Berg, Zigarrenarbeiter, Vallendar.

Zur Finanzierung des Wahlkampfes wird in den nächsten zwei Monaten von allen Mitgliedern ein gestaffelter Sonderbeitrag erhoben. Genossen, an die Arbeit!

Hamburg

Bürgerschaftssitzung. Die Tagesordnung sieht als einzigen Punkt die Auflösung der Bürgerschaft vor. Die Nazis die den Antrag eingebracht hatten, stellten mit ihrem Gauleiter v. Allwörden den ersten Redner. Er prophezeite allen Parteien — besonders der SPD, — die hinter Hindenburg gestanden hätten, eine große Niederlage. Der Senat ließ durch seinen Präsidenten Dr. Petersen (DStP) eine Erklärung abgeben, nach welcher er die Auflösung begrüße, da er hoffe, daß die Wahlen eine arbeitsfähige Bürgerschaft ergeben würden. Die SPD schickte G. Dährendorf vor, der gleich eine Attacke gegen die KPD ritt. Danach geht er den Nazis zur Seite. Er will den Beweis erbringen, daß die Nazis eine unerquickliche Rolle in der Bürgerschaft gespielt haben, daß sie die Parolen, die sie am Tage nach der Wahl proklamierten, nicht im geringsten zu verwirklichen versuchten. Da Dährendorf trotz Mahnung des Präsidenten, die Redezeit überschreitet, wird ihm das Wort von Dr. Rutschewig (SPD)

Urteil im Bremer Schutzbundprozeß

Korrektur des erstinstanzlichen Urteils

Nach fünftägiger Verhandlung wurde im Prozeß wegen der bremsischen Vorkommnisse am Abend des 9. November vorigen Jahres das Urteil gefällt. Im Verlaufe des Prozesses selbst mußte die außerordentliche Korrektheit in der Verhandlungsführung durch den Landgerichtsdirktor Töwe gegenüber den Methoden der ersten Instanz angenehm empfunden werden. Wiederrum ergab sich die Tatsache, daß sich aus den widersprechendsten Zeugnisaussagen nur schwer ein einigermaßen objektives Bild der Geschehnisse des 9. November konstruieren läßt. Erschwerend wirkte insbesondere die Feststellung, daß von den als Zeugen vernommenen Polizeibeamten auch nicht einer in der Lage war, die Situation des betreffenden Abends richtig zu erkennen und die gemachten Beobachtungen klar und eindeutig wiederzugeben.

Den Höhepunkt des Prozesses bildete das außerordentlich eindrucksvolle, von menschlichem Mitleid und Rechtsgefühl zeugende Plaidoyer des Verteidigers der Reichsbannerleute, des Rechtsanwalts Dr. Ehlermann-Oldenburg. Seine Behauptung, daß die Einseitigkeit des erstinstanzlichen Urteils in den Kreisen der Arbeiterschaft niemals Verständnis finden werde, machte auf sämtliche Prozeßbeteiligten großen Eindruck. Rechtsanwalt Kurt Müller als Vertreter der Schutzbundgenossen schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Ehlermanns an; er schälte jedoch aus dem Wust der Geschehnisse ganz besonders das Verhalten der SAP-Genossen heraus und verstand es ausgezeichnet, die völlige Schuldlosigkeit unserer Genossen nachzuweisen. Rechtsanwalt Kurt Müller kämpfte, wie das Urteil zeigte, mit Erfolg für eine Strafmilderung für die Reichsbannerleute Langerbeck und Enkelmann, denen Beteiligung an einer Schlägerei zur Last gelegt wurde, die sich abseits von dem Zusammenstoß an der Bornstraße abgespielt hatte.

entzogen. Darob Empörung bei der SPD, die Ehrenreit (SPD) dazu veranlaßt, seinen Fraktionskollegen Dr. Rutschewig zu drohen! — H. Meyer (KPD) spricht vor fast leerem Haus. Seine Rede ist eine theoretisch gut aufgebaute Anklage gegen diesen Staat. Von den kleineren Fraktionen sei noch die Rede des Ch. Koch (DStP) erwähnt. Er zitiert rechtsbürgerliche Zeitungen, welche errechnet haben, daß eine Rechte von 63 Sitzen des Senat ruhig bilden könne, da die Republikaner nur 62 Sitze ohne KPD hätten und da diese nie mit der SPD Stimmen würde. Dettmann (KPD) ruft: „Das ist ja Nazi-Blödsinn!“ Dettmann versteht es vorzüglich, die Parole: „Soziales Hamburg — Sozialer Senat“ zu widerlegen. Dieser soziale Senat habe in Jahresfrist 4000 Staatsarbeiter und 1300 Angestellte entlassen. Er habe es zugelassen, daß der Preis für den Quadratmeter der Neubaubwohnungen von 9,50 Mk. im Jahre 1927 auf 14 Mark im Jahre 1932 gestiegen sei. Er habe Millionen an die Hafenkapitäne gegeben und trotzdem seien 10 000 Mann Hafensarbeiter langfristiger erwerbslos. Er habe den Lohnabbau toleriert. So hat ein Heizer 1930 an Heuer 143 Mark, 1932 nur noch 113 Mark bekommen. Ein gelernter Werftarbeiter bei voller Woche 1930 54 Mark pro Woche, 1932 nur noch 39 pro Woche. Da die Werftarbeiter aber nur drei Tage arbeiten, so geht der Familienvater mit 18 Mark wöchentlich nach Hause und Hamburg bewilligt 1,1 Millionen im außerordentlichen Etat für das Schauspielhaus. Methode Tarnow verstößt gegen jede Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung. Die SPD zeigt den Proleten nicht die Ketten, die sie tragen, sondern fordert sie auf, für den Staat zu kämpfen, der ihnen diese Ketten schmiedet! Als nach ihm Bürgermeister Rob (SPD) das Wort ergreift, kann er diese unsozialen Taten nur mit der Not des Staates entschuldigen. Bei der Polemik gegen die Nazis rollt er den Zusammenbruch 1918 wieder auf und nimmt für die SPD in Anspruch, wieder Ruhe und Ordnung hergestellt zu haben. Nach einem Schlußwort von v. Allwörden (Nazi) wird der Antrag in der Auszahlung einstimmig angenommen. Bei dem zweiten Antrag auf Bestimmung des Wahltermins über den Koalitionsparteien Obstruktion, so daß das Haus beschlußunfähig ist.

Elmshorn

Mitgliederversammlung. Genosse Busch-Hamburg sprach über: „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Der Bezirkstag findet am 3. April in Elmshorn statt. Als stimmberechtigte Delegierte wurden die Genossen Muhr und Weinhold gewählt. Alle Parteigenossen können bei Vorzeigung der Mitgliedskarte an der Tagung im Gewerkschaftshaus als Zuhörer teilnehmen. Am Abend des 3. April wird Genosse Seydewitz im Lokale „Carlstaal“ in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „Rote Klassenfront gegen Reaktion und Faschismus“ sprechen. — Als Kandidat für die Liste der Landtagswahlen wird von Elmshorn einstimmig Genosse Muhr vorgeschlagen.

Interessanten für den Esperanto-Kursus. Interessenten melden sich beim Genossen W. Schaumann, Langeloh, Hainholzerstraße.

Neumünster

Kollegiensitzung aufgefliegen! Als in der letzten Sitzung der Etat zur Verhandlung stand, der außer anderem eine ganze Reihe

Eine Gegenüberstellung des Urteils mit dem der ersten Instanz ergibt folgendes Bild:

	1. Instanz	2. Instanz
Hahn (Schutzbund) ... 4 Monate	4 Monate	6 Monate
Mieser (Schutzbund) ... 4 "	6 "	6 "
Meyer (Schutzbund) ... 4 "	4 "	6 "
Bergenthal (Schutzb.) ... 4 "	4 "	6 "
Tietgen (Schutzbund) ... Freispr.	Freispr.	6 Monate
Masselmann (Reichsbanner) ... 4 Monate	6 Monate	6 Monate
Vogt (Reichsbanner) ... 4 "	6 "	6 "
Messerschmidt (Reichsbanner) ... 4 "	Freispr.	6 Monate
Langerbeck (Reichsb.) ... 7 "	12 Monate	6 Monate
Entelmann (Reichsb.) ... 7 "	12 "	6 Monate
Claußen (Nationalsozialist) ... 4 Monate	Freispr.	6 Monate
Kloster (Nat.-Soz.) ... 4 "	" "	6 Monate
Wichelmann (Nat.-Soz.) ... 4 "	" "	6 Monate
Decker (Nat.-Soz.) ... 4 "	" "	6 Monate
Schütte (Nat.-Soz.) ... 4 "	" "	6 Monate
Bruns (Nat.-Soz.) ... Freispr.	" "	6 Monate

Wenn auch das Urteil, insbesondere soweit unsere Schutzbundgenossen, von deren Schuldlosigkeit wir aus nächster Anschauung nach wie vor überzeugt sind, in Frage kommen, uns nicht restlos befriedigen kann, so ist doch die empörende Einseitigkeit des ersten Urteils aufgehoben. Ganz besonders angenehm weicht aber die Begründung des heutigen Urteils von den Schminckeschen Deduktionen ab. Während Schmincke der Führung der SAP und des Reichsbanners die intellektuelle Schuld für die Zusammenstöße zuzuschreiben versuchte, spricht die heutige Begründung ausdrücklich aus, daß im Gegensatz zum Sturmbannführer Claußen bei den Nationalsozialisten, die Leitung der SAP und des Reichsbanners Ruhe und Besonnenheit bewiesen habe.

neuer Steuern (dreifache Bürgersteuer) vor sah, stellte die SPD vor der Abstimmung den Antrag, das Gehalt des Bürgermeisters, der seit Ablauf seiner Amtszeit kommissarisch amtiert, wieder in den Etat einzusetzen. Der Sinn dieses Antrags war, die Bürgermeisterfrage offiziell zu lösen. Als die Bürgerlichen sich aus sehr durchsichtigen Motiven dagegen sträubten, erklärte die SPD, daß sie dann an den Etatberatungen kein Interesse mehr hätte, worauf die Fraktion den Saal verließ. Als die KPD sich ihnen anschloß, war das Haus beschlußunfähig, so daß dem Bürgermeister nichts anderes übrig blieb, als die Sitzung zu schließen. Damit dürfte der Haushaltsplan der Stadt durch einen Staatskommissar zwangsweise durchgeführt werden.

Lübeck

Freispruch im Dreger-Prozeß. Am Donnerstagnachmittag wurde unter starkem Andrang des Publikums folgendes Urteil gesprochen: „Der Angeklagte Rey wird wegen Nichtabführung der Krankenkassenbeiträge zu einer Geldstrafe von 100 Rm. verurteilt, die er in zwei Raten zahlen kann (!). Die übrigen Angeklagten werden in allen elf Anklagepunkten freigesprochen.“ Es ist also trotz der Strafanträge des Staatsanwalts so gekommen, wie wir in unserem ersten Bericht sagten: das bürgerliche Gericht zeigte volles Verständnis für die bürgerlichen Unregelmäßigkeiten der Angeklagten. Trotzdem faselte auch der Gerichtsvorsitzende von „ethischen, sittlichen Vorwürfen, die nicht zu ersparen wären“. Bestraft werden könne aber wegen Mangel an Beweisen nicht. Der Tatbestand der Untreue, also der Schädigung der Kasse, sei wohl objektiv, nicht aber subjektiv erfolgt. Hier wurde, daß muß noch einmal festgestellt werden, eine Luderwirtschaft nach Strich und Faden getrieben mit den Geldern der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Mag so etwas auch sonst bei der Kapitalistengesellschaft vorkommen und mag es in viel schlimmerem Maße vorkommen, das ist hier keine Entschuldigung. Gerade weil es sich hier um Führer der Arbeiterbewegung handelte, muß hart geurteilt werden. Gerade darum bleibt es dabei: Sie sind verurteilt!

In der letzten Bürgerschaftssitzung wurde die Senatsvorlage des Haushaltsplans — natürlich angenommen. Dann zogen HVB. und Nazis ab, denn auf der Tagesordnung stand die Schließung der S.A.-Kaserne, die auch von SPD und KPD beschlossen wurde. Wir befürchten nur, daß dieser Beschluß auf dem Papier bleiben wird und daß die Nazis weiter ihre Ueberfälle vom braunen Haus organisieren.

Stralsund

Im Bauhütten-Betrieb scheinen sich sonderbare Methoden breit zu machen. Genossen, die nicht in die „Eiserne Front“ sinitreten wollen, scheinen keine Arbeit mehr erhalten zu sollen. Uns ist bekannt geworden, daß die Bauhüttenleitung von den „Stammarbeitern“ den Eintritt in die SPD verlangt, da diese wegen ihres „Einflusses“ ja auch für städtische Arbeiten sorgt. Einem unserer Genossen hat man nahegelegt, aus der Partei auszutreten und in die SPD zu kommen, sonst käme eine Weiterbeschäftigung wohl nicht mehr in Frage. Diese Druckmittel bringen der SPD neue Mitglieder, ob sie aber als solche gewertet werden können,

ist uns zweifelhaft. Diese Methoden der Bauwerkmeister, welche früher zu den gehässigsten Gegnern der SPD und auch der Bauhütte gehörten, werden von uns nicht verzeihen werden. Wir werden diese Machenschaften dort anprangern, wo sie die stärkste Wirkung gegen die SPD ausüben. Man kann unsern Aufstieg wohl hemmen, aber nicht verhindern.

Düsseldorf

Erregte Stadtverordneten-Sitzung. Beigeordneter Füllenbach berichtete über die Bilanz und Tarifpolitik der städtischen Werke. Die Verwaltung schlägt eine Senkung des Lichtstroms von 42 auf 40 Pfennig, des Kleinkraftstroms von 19 auf 17 Pfennig, des Reklamestroms von 20 auf 18 Pfennig vor. Der Zeitpunkt falle auf die Ablesung der Rechnung Nr. 4, die mit dem 15. April des Jahres beginne. Nach längerer Debatte wurde der Verwaltungsvorschlag angenommen. Die Vorlage der Verwaltung auf Übernahme der Trägerschaft für die Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlungen und für die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose nach den Richtlinien des Reichsiedlungskommissars wird vom Oberbürgermeister begründet. In der Debatte kommt es zu einem sehr erregten Zusammenstoß zwischen SPD und KPD, als Stadtverordneter Richter (SPD) die Zustimmung seiner Fraktion begründet und die ablehnende Haltung der KPD als Verrat an den Interessen der Erwerbslosen bezeichnet. Bei diesem „Krach“ wurde der Stadtverordnete Fledung (KPD) aus dem Saal verwiesen und auf drei Sitzungen ausgeschlossen. Gegen die Stimmen der Kommunisten und des Wirtschaftsverbandes wird die Vorlage genehmigt.

Der Volkschor „Freiheit“ bringt Sonntag, 27. März (Ostersonntag), 20 Uhr, im Kaisersaal der Tonhalle zu Düsseldorf „Mephistopheles“, Oper in 4 Akten mit Prolog und Epilog von Arrigo Boito, zur Aufführung. Eintrittspreise num. 1,50 RM., unnum. 0,75 RM. Unseren Genossen wird diese Veranstaltung besonders empfohlen.

Solingen

Der Stadtrat tagte. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden vier Kommunisten für sechs bis zwölf Sitzungen ausgeschlossen, das bedeutet, daß die Ausgeschlossenen sich zu den Sitzungen dieser Periode nicht mehr zu bemühen brauchen. Dem Ausschluß stimmten auch die Sozialdemokraten zu, weil vorher die Hälfte der kommunistischen Fraktion während eines Nachrufes für den verstorbenen sozialdemokratischen Stadtverordneten Forkert sitzen blieb. Bürgermeister Brisch hob hervor, daß die Stadt bei der diesjährigen Etatberatung mit einem ungedeckten Zuschußbedarf von 17 Millionen zu rechnen habe, hervorgerufen durch die ungeheure Anspannung des Wohlfahrtssetats, der von 4,3 Millionen im Voranschlag auf 11,2 Millionen bei Etatabschluss gestiegen sei. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse müsse er den Bürgern weitere harte Zumutungen stellen, denn wenn er nicht alle Steuermöglichkeiten ausschöpfe, würden die staatlichen Zuschüsse gesperert. Die Unregelmäßigkeiten bei der Sparkasse würden durch den Staatsanwalt oder durch das Disziplinargericht geahndet. Bei der Abstimmung werden die vorgeschlagenen Steuern, außer Bier- und Getränkesteuern, angenommen. Es wurde beschlossen, den Gaspreis für Haushalten unter Wegfall der Gasverbilligung von 20 auf 18 Pf. pro Kubikmeter zu senken. Demnach würden also die Unterstützungsempfänger in Zukunft statt 12 Pf. 18 Pf. pro Kubikmeter zahlen müssen.

Betriebsratswahl bei der Straßenbahn. Die Wahl zum Betriebsrat der Straßenbahn ergab folgendes Bild: Die Stimmen für die RGO gingen von 152 auf 121 zurück, die der Freigewerkschaftlichen stiegen von 84 auf 104, die Christen blieben auf ihrem vorjährigen Stand von 92 stehen. Der Gesamtverband hätte bei der für ihn günstigen Situation besser abschneiden können, wenn er die Interessen der Belegschaft tatkräftiger unterstützt hätte.

Frankfurt a. M.

Tumultszene im Stadtparlament. Der kommunistische Fraktionsführer Konrad Lang, war verschiedentlich zur Ordnung gerufen worden. Als man ihn dann von der Sitzung ausschloß, ergriff Aschenbrenner das Wort zur Geschäftsordnung. Er wurde durch das Boschhorn am Weiterreden gehindert. Gemeinsam mit seinem Parteifreund Vorndran versuchte er das Boschhorn zu überschreien. Als auch über ihn der Ausschluß verhängt wurde, ging er mit erhobenen Fäusten zum Vorstandtisch, schnappte, was ihm gerade in die Hände geriet und warf Tintenfaß und Löscher dem stellvertretenden Vorsitzenden ins Gesicht. Aschenbrenner wurde für zehn weitere Sitzungen ausgeschlossen. Außerdem wurde ihm für die Zeit die Aufwandsentschädigung entzogen. Das Präsidium wird gegen Aschenbrenner Strafantrag stellen. — Der Magistrat verlangte von der Statverordnetenversammlung 30 000 M. für die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Prompt stimmte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung für die Gewährung, angeblich, weil es sich um zusätzliche Arbeit handelt. Es ist charakteristisch, daß Fritz Heilmann von der SPD, der in einer Erwerbslosenversammlung die Arbeitslosen als dreckige Gesellschaft bezeichnete, die Vorlage begrüßte. Er meinte, seit Wochen warteten jugendliche Erwerbslose aller Weltanschauungen auf diese Arbeitsgelegenheit. Er erklärte namens der SPD seine Zustimmung. — Den Nazis wurde Gelegenheit gegeben, dagegen zu wettern, daß so „die Jugend schamlos ausgebeutet“ würde. Auf diese Weise trat man die Proleten in die Arme der Faschisten.

Organisationsnachrichten

SAP Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau: Funktionärerversammlung für die Arbeitsgebiete Zwickau, Plantz, Wilkau, Niederhau und Oberhohndorf, Mittwoch, 30. März, 19.30 Uhr, im Restaurant „Anker“, Zwickau, Schiedewitz (Raschberg). Alle Funktionäre zur Stelle, auch die Funktionäre des N.V.

SAP Bezirk Halle-Merseburg: Die Adresse der Bezirksleitung hat sich geändert. Der Sitz der Bezirksleitung ist nach Halle verlegt worden. Alle Schreiben an die Bezirksleitung sind an Emil Heyen, Halle a. S., Verbehrerstraße 82, zu richten.

SAP Hamburg: Funktionärerversammlung im Volkheim, Sachsenstraße, Mittwoch, 30. März, 19.30 Uhr. Thema: „Die Bürgerschaftswahlen in Hamburg“. Distrikt Neustadt-St. Pauli: Versammlung 14. April, 20 Uhr, im Vereinshaus St. Pauli, Emsbuttelers Str. 12.

Thema: „SAP und Bürgerschaftswahl“. Referent: Gen. Stahmer.

SAP Düsseldorf: Ortsvereinsmitgliederversammlung, Mittwoch, 30. März, im Lokal Lettmann, Kölner Str. 84. Bericht vom Reichsparteitag.

SAP Ratingen: Dienstag, 29. März, 20 Uhr, Schutzbandversammlung.

SAP Köln a. Rh. Mittwoch, 30. März, 12.00 Uhr, General-Mitgliederversammlung im Lokal Vogl, Kammergasse 18. Tagesordnung: 1. Die politische Bedeutung der preuß. Landtagswahlen. Ref. H. Amann. 2. Organisation des Ortsgruppe Bohnsdorf-Falkenberg: Dienstag, 29. März, Wahlkampf.

SAP Bezirksverband Berlin: Zeitungsobleute nächste Sitzung Dienstag, 29. März, 19.30 Uhr, im Verlag, Magazinstraße 15. Jede Ortsgruppe muß unbedingt vertreten sein. „SAZ“-Liegungen mitbringen.

Ortsgruppe Tiergarten: Sonntag, 27. März, Zeitungsaktion. Ausgabe der Zeitung 10-11 Uhr im Parkrestaurant, Turmstraße 15.

Ortsgruppe Neukölln: 30. März, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung in den Bürgerhäusern, Bergstraße 147. Funktionäre 19.30 Uhr. Ref.: Gen. Kurt Rosenfeld.

Ortsgruppe Treptow: Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Schillerpromenade (Ober-schöne-weide). Vorstand 19 Uhr.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Fröhlich: „Geschichte der prol. Parteien“, Donnerstag, 31. März, Falkenberg (Jugendheim).

Ortsgruppe Köpenick: Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, bei Augustin, Rosenstraße 10. Mitgliederversammlung Gen. Fiege spricht über „Reichspräsidentenwahl und Landtagswahl“.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Fröhlich: „Geschichte der prol. Parteien“, Donnerstag, 31. März, 19.30 Uhr, bei Rosky, Güstelsstraße 28.

Ortsgruppe Charlottenburg: Mitgliederversammlung Mittwoch, 30. März, 20 Uhr, im Lokal Thunack, Wielandstraße 4. Gen. Käte Frankenthal spricht über „Stellungnahme zur Preußenwahl“.

Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Fröhlich wird nicht Dienstag, 29. März, sondern erst Dienstag, 5. April, fortgesetzt im Lokal Klinge, Sellenstr. 14.

Ortsgruppe Wilmersdorf: Dienstag, 29. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung b. Kukla, Lauenburger Straße 21. SAP-Bläserchor: Übungsstunde jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wühlischklaus, Wühlischstraße 36. Musik-kundige Genossen und Sympathisierende willkommen.

SAP-Gewossen der Siemens-Werke: Wichtige Besprechung Mittwoch, 30. März, 16.30 Uhr, im Lokal Warburg, Nonnendamm. Parteilosweis mitbringen.

N.V. Mitteilung der BL: Mittwoch, 30. März, 19.30 Uhr, Sitzung der Gruppenobleute und der Aktivgruppenleiter im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34. Alle Gruppen und Aktivgruppen müssen vertreten sein. Thema: „Richtlinien für die Aktivgruppenarbeit“.

Freiwillige Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr, Pappel-Allee 15, Festvortrag des Herrn C. Witthauer: „Ostern“. Gäste willkommen.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 27. März
18.30 - gegen 23 Uhr
Parifal
Montag, 28. März
19.30 - gegen 22 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Volkstheater

Androklos u. d. Löwe
Sonntag, 27. März
Montag, 28. März
Dienstag, 29. März
8.15 Uhr

Rose Theater

Jettchen Gebert
9 Uhr
Götter unter sich
Montag, 28. März
3 und 6 Uhr
Jettchen Gebert
9 Uhr
Götter unter sich
Dienstag, 29. März
8.15 Uhr
Jettchen Gebert

Schauspielhaus

Egmont
Montag, 28. März
20 - 23.15 Uhr
Egmont
Montag, 28. März
20 - 23.15 Uhr
Schillertheater
Sonntag, 27. März
Montag, 28. März
22 - gegen 22.45 Uhr
Ostern

Götter unter sich
Montag, 28. März
3 und 6 Uhr
Jettchen Gebert
9 Uhr
Götter unter sich
Dienstag, 29. März
8.15 Uhr
Jettchen Gebert

Circus Busch

Saisonschluss: 3. April

HAUS WATERLAND

Peripatung Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Lichtspiele

„X 27“ und „Der rettende Schuß“
Ab Dienstag, 28. März:
Es wird schon wieder besser und „Lockruf der Berge“

KINO FÜR JEDERMANN

„Unter falscher Flagge“
„Wilhelm II. in Dorn“
„Ein bisschen Liebe für Dich“

Münz-Theater

„Yerek“
Ab Dienstag, 29. März
Die Schicht von Bademünde und Hans Albers in „Der Greifer“

Elysium - Lichtspiele

„Ein bisschen Liebe für Dich“
Auf der Bühne:
Mizzi Koschek,
die beliebte Vortragskünstlerin

Kauft Gutscheine

Im ZOO am
1. und 2. Osterfeiertag, nachmittags 4 Uhr
GROSSES KONZERT
Sondergehege: Osterlammer u. Osterhasen
Die Auszüge der Jahresdauerarten hat an den Sphalerkassee des Zoo begonnen.
Preis für Erwachsene um 5,- M. ermäßigt.
AQUARIUM
Geöffnet von 9 - 8 Uhr

Keunion Cigarette
Fürst Pückler
10 Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunststoffe gewebten Bildern.

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Nur drei Osterfeiertage!
Festprogramm:
„Der Stolz der 3. Kompanie“
mit Trude Berliner, Fritz Kampers, Paul Henckels
Tender Beifall! Labstürme über Labstürme
Auf der Bühne:
Die Hauptdarstellerin des Films
Trude Berliner
persönlich anwesend, singt ihre neuesten
Schlager und verteilt Autogramme
Sonntag und Montag (3 Uhr):
Große Kindervorstellung
20 Pfennig Eintritt
Einlaß 1/2, 5 Uhr. Eintrittspr. ab 0,50 RM

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich
und Ihre Familienangehörigen eine
LEBENSVERSICHERUNG
abschließen. Niedrige Prämiensätze,
günstige Versicherungsbedingungen und
größte Sicherheit bietet Ihnen die
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche
Versicherungsaktiengesellschaft, Ham-
burg 5, An der Alster 57-61.

MILIA Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Von Sonnabend bis Donnerstag:
Trude Berliner, Magda Schneider,
Johannes Riemann in
„Fräulein - falsch verbunden“
Dazu: Ralph Arthur Roberts in
„Zu Befehl - Herr Unteroffizier“
mit Ida Wüst

Achtung Genossen!
Sensationsangebot!
Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder
Motor, 3-Röhren-Vollnetz - Fernempfänger sowie
eingebauten dynamischen Lautsprecher in Eiche
Preis nur **Rm. 135,-**
3 Röhren-Vollnetzempfänger von Rm. 37,50 an. Geräte und
Teile zum Selbstbau 20-60% unter Tagespreis. Ein Posten
gebrauchter Apparate spottbillig. Veraltete Apparate werden
sachmännisch zu äußerst günstigen Preisen modernisiert. Tech-
nische Beratung und Kostenanschläge unverbindlich.
Nur Markenfabrikate
Auch der weiteste Weg lohnt. (Kein Laden)
Abonnenten 10% Sonderrabatt
Emil Werner, Elektroingenieur
BERLIN W 57
Blumenthalstraße 16, 1 Tr.

Theater des Weddings
Müller, Ecke Sellenstraße
Ab Sonnabend:
„Mädchen in Uniform“ und
„Zwischen 12-1/11 Uhr“
Das gute Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Ab Sonnabend:
1. Tonfilm:
George Bancroft in
„Mann über Bord“
2. Tonfilm:
Szöke Szakall in
„Der unbekannte Gast“
Lustspiel mit Lucie Englisch,
Hans Brausewetter.

Genossen
über 24 Jahre
als Abonnentensammler
und Vertriebsleute
für satirische Zeitschrift
gesucht. Gute Bedingungen
Meldungen möglichst schriftlich
bei Ligowski, Zehlendorf
(Onkel Toms Hütte), Grunewald-
allee 159

Eine wertvolle Arbeiterbibliothek für nur M. 10,-

Um den revolutionären Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz den
trotzlichen ökonomischen Verhältnissen eine Bibliothek, darstellend wichtige
revolutionäre - Geistesmonumente einzurichten, hat der Verlag der AKTION
sich entschlossen, zwei Serien seiner Verlagspublikationen - eine politische
und eine literarische - die im Buchhandel zusammen 50 Mark kosten, für
nur RM. 10,- abzugeben.

Die Reihe der politischen Bücher enthält:
Luxemburg - Gedächtnisheft; Zum
4. August 1914; Dokumente aus
der Kriegszeit; Marx - Engels; Der
Politische Aufzeichnung aus seinem
Bürgerkrieg in Frankreich; John
Most; Für die Einheitsfront
Leo Trotzki; Wer leitet heute
die kommunistische Internationale?
Leo Trotzki; Die permanente
Revolution (sein Werk, das jeder Marxist
studieren sollte); Leo Trotzki;
Anklagen aus der Verbannung; Leo
Trotzki; Die Lehren des Oktobers;
Leo Trotzki; Die Fälschung der
Geschichte der Oktoberrevolution; Leo
Trotzki; Ueber den Fünfjahresplan
(Erfolge des Sozialismus und Gefahren
des Abenteuerismus); Lenin; Die
nächsten Aufgaben einer Sowjetmacht;
Lenin; Berühmte Kundgebungen;
Lunatscharski; Die Kultur-
aufgaben der Arbeiterklasse; Franz
Pfeumert; Die deutsche Sozial-
demokratie bis zum August 1914;
Karl - Liebknecht - Rosa -

Die Reihe der literarischen Werke enthält:
Otto Rühle; Das kommunistische
Schulprogramm; Carl Stern-
heim; Libussa, das Leibröhl-
Willems III; Carl Sternheim;
Prosastücke; Oskar Kanehl; Die
Sammlung Lyrik; Victor Hugo;
Ueber Voltair; Hedwig Dohm;
Mißbrauch des Todes; Maxi-
milian Rosenbergs; Umwelt-
Gedichte; Heinrich Stadel-
mann im Lande Nein; Der Kriege-
kuppelstahl Doktor Alfred
Kerr am Pranger; Der
Hahn, französische Lyrik in deut-
scher Nachdichtung von Däubler; Ma-
Hermann; Ewige Zola; der Dicht-
er des revolutionären Proletariats;

Es steht den Bestellern frei, nur eine Reihe zu beziehen zum Preise von
RM. 5,-. Aber eine Auswahl aus der Auswahl zu treffen ist
nicht von Einfluß auf den Gesamtpreis, denn die regulären Preise der
Werke sind nicht aufgehoben! Wer z. B. nur Liebknechts Werk „Zucht-
hausurteil“ bestellt, hat für dieses Werk RM. 3,- zu zahlen; wer Lieb-
knecht und Trotzki's Werk „Permanente Revolution“ bestellt, muß schon
für diese zwei Bücher mehr als fünf Mark ausgeben. Rabatt kann auf
die Reihenpreise natürlich nicht gewährt werden.

Die Gültigkeit dieses Vorzugsangebots ist bis zum 15. April verlängert!

Bestellungen sind zu richten an die Buchversandabteilung der
AKTION, Berlin-Wilmersdorf, Nassauische Str. 17

Versand gegen Voreinsendung oder unter Nach-
nahme des Betrages zuzüglich Nachnahmepesen.

Notzeit - Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75; Stiefel 3,75; neue
Schlafschuhe 6,95, 1,65; Monteurjacken
und Hosen 1,20; Militärunterhosen und
Hemden 0,75; Leinwand 0,90 Mark;
neue Arbeitschuh, englische Leder 3,50;
neue Schnürschuhe, Militärart, Voll-
leder (kein Spaltleder) 4,90; neue Mil-
itärschuhe, Ledersohle, 1,30 Mark;
Militär-Drilljacken 1,10;
Hosen 1,10; In Windjacken 4,85; neue
In Volleder-Schulstiefel 11,75; neue
Strickwesten .60; neue In Reimwoll-
schuhen 0,75; reinwollene Pullover 2,90;
guterhaltene schwere Winterjoppen 5,00
Alles zum Ausuchen! Militärröcke für
Arbeitszwecke 2,80 M.; neue Hosen,
gebrauchte Hosen 3 M.; neue feldgraue
Tuniken 8,75; In Manchesterhosen
5,75; In Körperchen-Arbeitshemden
1,95; Militär-Strickjacken, wasserdicht,
Militär-Fausthandschuhe, wasserdicht,
warme gefüttert, 1,00; Rucksäcke, neue
Lederjacken; Schlosserhemden; Packer-
blusen, Arbeitsmittel, Breecheschosen
4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne
Kaufzwang. Versand nach außerhalb
gegen Nachnahme. Umtausch gestattet.
Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Be-
kleidungsverband 3 Berlin N 65, gegen-
über Bahnhof Wedding, Lindower
Straße 18/19.

**Die allerteinsten Butter, den
Besten Käse a. Speisequark**
kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Molkeret
Herrnhut I. Sa.

Genossen
bevor Ihr Spielmannszüge
oder Fanfarenchor auf-
stellt, halt Euch Auskunft bei
Eurer Beratungsstelle für Spiel-
mannszüge und Fanfarenchöre
A. Pügner
Chemnitz, Lützowstraße 48
**Inserieren
bringt Gewinn!**

KAUFHAUS SCHOCKEN
3 SCHOCKEN-GRUNDSATZE
GUTE WAREN FOR JEDERMANN
Geringe Ware für wenig, und gute für viel Geld zu bieten, ist leicht, aber
auch gleichgültig; gute, und für jedermann erschwinglich; das ist die Aufgabe.
STETS GLEICHE GUTE LEISTUNGEN
Gleiche, gute Leistungen bei allen Waren, zu jeder Zeit, für jeden Käufer. Daher
kein Rabatt, keine Veranstaltung mit Ausnahmepreisen, kein Ausverkauf, kein Kredit.*
KEINE SONDERANSTALTUNGEN
Wir veranstalten keinen Ausverkauf nach Schluß der Saison, sondern wir verbilli-
gen unsere Preise sofort, wenn die Zeitverhältnisse eine Ermäßigung gestatten.
* Deshalb haben alle Kaufhäuser Schocken an ihren Standorten den dauernden, gleichmäßigen Erfolg.

Wertige und Sätzbild für die Schocken Kommandit-Gesellschaft auf Aktien gesetzlich geschützt.

Die Gemeinden ruiniert

Systematisch ist das kapitalistische Bürgertum gegen die Gemeinden und die Selbstverwaltung vorgegangen. Schon zu Zeiten des großen Rainers Stinnes gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten, daß die Gemeinden ruiniert und ihre Produktionsstätten zugunsten der privaten „Wirtschaftsführer“ enteignet werden müßten. Der „Demokrat“ Schacht hat die Tradition Stinnes mit Erfolg fortgesetzt, und heute ist es so weit, daß die Gemeinden vor dem Bankrott stehen. („Die Wirtschaft“ freilich auch, soweit sie es noch nicht ist.)

Auf einem Presseempfang der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände führte der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert namens aller kommunalen Spitzenverbände zur gegenwärtigen Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände u. a. folgendes aus:

Es zeigt sich von Jahr zu Jahr mehr, wie der Finanzausgleich in den letzten Jahren von Reich und Ländern zum Nachteil der Gemeinden verändert worden ist.

Die monatlichen Lasten der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Erwerbslosenfürsorge (einschließlich Krisenfünftel) betragen gegenwärtig etwa 93 Mill. RM., während die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur noch 55 Mill. RM. monatlich betragen.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick ist es besonders bedeutsam, einen Ueberblick über die voraussichtliche Gestaltung der Gemeindefinanzen im Haushaltsjahre 1932 zu gewinnen, soweit es überhaupt möglich ist.

Allein die Belastung mit den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die 1931 etwa 1100 Mill. RM. betrug, von denen 230 Mill. RM. vom Reich getragen wurden, muß 1932 auf 1561 Mill. RM. steigen.

eine Summe, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände unmöglich allein tragen können. Auch die Reichsregierung hat diese Tatsache anerkannt, nur leider für 1932 noch keine Folgerungen daraus gezogen.

Der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird 1932 gegenüber 1931 voraussichtlich um rund 600 Mill. Reichsmark auf nur 520 Mill. RM., d. h.

um nicht weniger als 53 Prozent, zurückgehen.

Dagegen wird die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer infolge der Erhöhung der Umsatzsteuer im Dezember 1932 nur 120 Mill. RM. erbringen. Die Gemeindebesteuer, die 1931 noch 140 Mill. RM. betrug, wird infolge der Steuersenkung voraussichtlich rund 50 Mill. RM. weniger erbringen; als Ersatz für diesen Ausfall werden den Gemeinden von seiten des Reichs lediglich 22 Millionen RM. überwiesen, so daß noch 28 Millionen RM. ungedeckt verbleiben. Durch die Beseitigung der Mineralwassersteuer haben die Gemeinden einen weiteren Verlust von rund 20 Mill. RM. erfahren.

Auch die Neuordnung der Hauszinssteuer ist in Preußen dergestalt durchgeführt worden, daß der Finanzanteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Hauszinssteuer sich bei entsprechenden Maßnahmen auch der übrigen Länder im Reich um etwa ein Viertel (rund 50 Millionen RM.) verringern wird.

Die Einnahmen der Gemeinden aus den Realsteuern werden im kommenden Rechnungsjahr um rund 20 Prozent zurückgehen, was einer Schmälerung ihrer Einnahmen um rund 145 Millionen RM. entspricht.

Alle vorgenannten Verschlechterungen in den Haushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Reich zusammengenommen bedeuten

eine Gesamtverringering ihrer steuerlichen Einnahmen um rund 825 Mill. RM.,

d. h. um mehr als 20 Prozent des heutigen Standes.

Dieser Ausfall wird noch vergrößert durch den weiteren Rückgang der kommunalen Werksüberschüsse.

Die entscheidende Maßnahme zur Sanierung der Gemeindefinanzen ist und bleibt die

Vereinheitlichung der Erwerbslosenbetreuung

durch eine Zusammenlegung der häufigen Unterstützungsförmern, wenigstens von Krisenfürsorge und gemeindlicher Erwerbslosenfürsorge, wie sie bereits vor 1½ Jahren von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert worden ist. Sollte eine solche umfassende Hilfs-

maßnahme noch nicht zum 1. April durchgeführt werden können, so ist eine sofortige Teilmaßnahme unerlässlich. Aber auch provisorische Hilfsmaßnahmen des Reichs können und dürfen die immer dringlicher werdende Reform der gesamten Erwerbslosenbetreuung nicht aufhalten.

Erfolge die Entlastung auf diese Weise nicht, so sähen sich die Gemeinden gezwungen, die Bürgersteuer,

die jetzt für das Jahr 1931 in monatlichen Fälligkeitsterminen nur im ersten Kalenderhalbjahr erhoben wird, das ganze Jahr fortzuerheben, was natürlich wieder eine erhöhte Belastung gerade der ärmsten Schichten wäre. Aber das ist ja nichts neues...

Deutsch-polnische Wirtschaftsberatungen abgeschlossen

Berlin, 26. März 1932

Amtlich wird mitgeteilt:

Die in den letzten Wochen in Warschau geführten Besprechungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind zum Abschluß gelangt. Das Ziel der Besprechungen, einer weiteren Verschärfung des Zollkrieges zwischen beiden Ländern vorzubeugen und die aus der letzten Zeit stammenden neuen Beschränkungen des Handels nach Möglichkeit zu beseitigen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wiederhergestellt. Polnischerseits werden für diejenigen Waren, für die nach dem 31. Dezember 1931 neue Einfuhrverbote in Kraft getreten sind, Einfuhrkontingente gewährt, während deutscherseits die Anwendung des Obertarifs gegenüber Polen entsprechend eingeschränkt wird. Die polnische Regierung wird ihrerseits die Anwendung des Höchsttarifs gegenüber Deutschland auf diejenigen Waren beschränken, die bisher Kampfeinfuhrverboten unterworfen waren.

Nachdem der noch von dem bald danach verstorbenen deutschen Gesandten Ulrich Rauscher abgeschlossene Handelsvertrag mit Polen, den die Reichsregierung aus Angst vor der chauvinistischen Hetze niemals ratifiziert hat, durch die fortschreitenden Wirkungen der Krise illusorisch gemacht und durch die neuere Zollgesetzgebung gänzlich überholt worden war, herrschte zwischen Deutschland und Polen ein erbitterter Wirtschaftskrieg. In ihm ist jetzt gewissermaßen eine Waffenruhe abgeschlossen worden.

George Lansbury weist Rußlandshetze zurück

London, 24. März 1932.

Die konservative Abgeordnete Herzogin von Atholl brachte im Unterhaus die englischen Holzkäufe in Rußland zur Sprache. Diese seien, so sagte sie, ein Schandfleck auf der Ehre Englands, denn es sei klar erwiesen, daß in der russischen Holzindustrie die verschiedensten Arten der Zwangsarbeit herrschten. Daher seien die englischen Holzkäufe für einen beträchtlichen Teil verantwortlich für die Leiden der russischen Holzarbeiter. Der Oppositionsführer Lansbury erklärte demgegenüber, daß diese Behauptungen nicht bewiesen werden könnten. Wenn England die russische Regierung zur Enthüllung der russischen Arbeitsbedingungen auffordern wolle, dann habe Rußland seinerseits das Recht, Aufklärung zu verlangen über die Arbeitsbedingungen der Eingeborenen in der englischen Kolonie Kenya (Ostafrika) und in den Schlachthäusern von Bombay und Kalkutta.

Aufstandsbewegung in Brasilien?

Nach verschiedenen Meldungen aus den Grenzstaaten sollen außer Rio Grande do Sul auch andere Staaten die Beziehungen zu der Bundesregierung abgebrochen haben und einen gemeinsamen Aufstand planen. Die Staaten fordern die Wiedereinführung einer verfassungsmäßigen Regierung. Der Führer der Bewegung, der Staatspräsident von Rio Grande do Sul, General Frores da Cunha, ist zu Verhandlungen mit dem Chef der vorläufigen Regierung, Vargas, nach Rio de Janeiro berufen worden.

Kreuger und Toll nicht zu halten!

Die Sachverständigen, die von dem Vorstand der Aktiengesellschaft Kreuger und Toll eingesetzt worden sind, um die Lage des großen schwedischen Finanzunternehmens zu untersuchen, gaben am heutigen Freitag abend ein Gutachten ab, in dem es heißt, daß allein schon der Umfang der Unternehmungen eine endgültige Uebersicht über die Aktiven und Passiven erst nach zeitraubenden Vorarbeiten ermöglichen. Die bisherige vorläufige Uebersicht scheint jedoch zu zeigen, daß die Gesellschaft nicht zu halten sei, und daß die Aktiven bei einer Abwicklung ohne Konkurs bei den unter den jetzigen Verhältnissen zu erzielenden Gegenwerten nicht mit Sicherheit zur Deckung sämtlicher Verbindlichkeiten ausreichen.

Leser werbt für die SAZ

Tardieu rechnet mit neuen Reparationszahlungen

Eine Rede im Senat — Frankreich besteht auf seinem Schein

Paris, 25. März 1932.

Im Verlaufe der Aussprache im Senat am Freitag über den Haushalt des Außenministeriums sprach Ministerpräsident Tardieu über die Reparationspolitik der französischen Regierung und erklärte, daß der jetzige Haushalt u. a. 1173 Millionen Franken als Einnahmeposten aufweisen müsse, der die Reparationen darstelle, die Deutschland im Juli zu leisten habe. Wenn man diese Eintragung nicht gemacht hätte, so würde das einen Verzicht Frankreichs auf die deutschen Reparationen bedeuten haben. Tardieu fuhr dann fort: „Niemand hätte uns das verziehen.“

Möge der Himmel geben, daß die 1173 Millionen sich eines Tages in unserer Kasse befinden.

In der Reparationsfrage ist Frankreich bereit, die freiwillig unterzeichneten Verträge den Verhältnissen anzupassen. Es verweigert aber eine Mißachtung der Unterschrift. Das bedeutet, daß wir im kommenden Juni zur Lausanner Konferenz gehen, nachdem wir unseren Standpunkt dem der anderen Mächte, mit denen wir uns treffen werden, genähert haben. Wir werden aber entschlossen an unserer Auffassung festhalten, weil dies unser Recht ist und weil wir die Sicherheit von morgen auf die Unterschriften der Abkommen aufbauen wollen, die gestern getroffen worden sind und die wir deshalb nicht zerstören können.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen.

Immerhin finden sich in Tardieus Ausführungen doch auch gewisse leis Zweifel an der Fortführung der Reparationsleistungen nach Ablauf des Hooverfreijahres ausgedrückt. Auch der französische Ministerpräsident wird seine Haushalts-Phantasien an den Realitäten der Weltkrise revidieren müssen.

Amerika bleibt trocken

Washington, 25. März 1932.

Das Repräsentantenhaus hat die aus steuerlichen Gründen eingebrachte Vorlage, die den Ausschank eines 2½prozentigen Bieres erlauben wollte, am heutigen Freitag abgelehnt.

Oberlandesgerichtsrat sechsfacher Mörder und Selbstmörder

Der in Jena wohnende Oberlandesgerichtsrat Dr. Meurer hat in der Nacht zum Freitag in seiner Wohnung seine Ehefrau, seine beiden minderjährigen Kinder, seine betagten Eltern, eine in der Wohnung anwesende Bekannte seiner Frau und dann sich selbst erschossen. Alle seine Opfer waren entweder sofort tot oder sind im Laufe der Nacht gestorben. Die Familie sollte, nachdem die Ehe geschieden worden war, aufgelöst werden. Der Entschluß ist offenbar deswegen gefaßt worden.

Frauen haben keinen Zutritt

Diese schöne Inschrift prangte in deutlichen Buchstaben auf einem Plakat, das die Nazis vor einiger Zeit in Spandau ausschlagen ließen. Frauen sind bei ihnen nur Stimmvieh. Aber wenn es darauf ankommt, haben sogar die Frauen bei den Nazis Zutritt, nämlich dann, wenn sie ihre Bürgerkriegspläne gegen die arbeitenden Massen in die Tat umsetzen wollen.

Die Nr. 4 des „Weg der Frau“ bringt einen interessanten Beitrag und Bilder über dieses Kapitel. Außerdem enthält die neue Nummer wieder zahlreiche gute Artikel und Illustrationen, z. B. über Schul- und Erziehungsfragen, über Mutterschutz, über das Unterbleiben der Heimarbeiterinnenlöhne durch die Klöster „Zum guten Hirten“ usw.

Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Der Weg der Frau“, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Erhöhung der Erbschaftsteuer in USA. Ein Gesetzentwurf, der in Anlehnung an das englische Erbschaftsteuergesetz den Höchstsatz der Erbschaftsteuer von 25 Prozent auf 45 Prozent für Vermögen über 10 Millionen erhöht, wurde im Repräsentantenhaus mit 190 gegen 149 Stimmen angenommen.

Finanzbemühungen um Deutschland

Anleihekonzertierung

Z. N. Paris, 25. März 1932.

Die Nachricht, daß der amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. Sackett, mit seinem Pariser Kollegen Mr. Edge, auf Veranlassung der deutschen Regierung die Möglichkeit einer neuen Anleihe für Deutschland besprochen habe, bewahrheitet sich nicht. Es handelt sich vielmehr bei den Besprechungen, die hierbei eingeleitet worden sind, um eine Konvertierung der bisherigen deutschen Auslandsanleihen.

Den Besprechungen zugrunde liegt die Drohung der deutschen Regierung mit einem Auslandsmoratorium (über die Z. N., als sie in einer Rede des Reichsbankpräsidenten, Herrn Luther, vor Berliner Wirtschaftsvertretern am 8. März zuerst auftauchte, alsbald — am 10. März — Mitteilung machte). Diese Drohung wird in allen beteiligten ausländischen Finanz- und Regierungskreisen um so ernster genommen, als es sicher ist, daß einer deutschen Moratoriumserklärung Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, die Tschechoslowakei und vielleicht auch Polen im Laufe der nächsten vier Wochen folgen würden. Um die Folgen einer derartigen Lähmung des mittel- und südosteuropäischen Finanz- und Handelswesens zu vermeiden, wird nun in amerikanischen und französischen Finanz- und Regierungskreisen erwogen, wie man Deutschland, als dem Hauptschuldnerlande, so entgegenkommen könne, daß es das Moratorium nicht erklärt. Der Vorschlag, der im Augenblick hier hauptsächlich besprochen wird, geht dahin:

Alle deutschen Auslandsanleihen (im Gesa. betrage von 38 Milliarden RM) werden gepoolt (zusammengeworfen und gleich behandelt). Sie werden konvertiert in eine fünfzigjährige dreiprozentige Anleihe mit einhalbprozentiger Amortisation.

Verläßt Japan den Völkerbund?

Nach einer Meldung des amerikanischen Büros „United Press“ wird mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund als Antwort auf die Erklärungen von dessen Generalsekretär Sir Eric Drummond an den japanischen Delegierten Sato gerechnet werden müssen.

Sir Eric Drummond hatte mitgeteilt, daß der Völkerbundsrat, da eine Schlichtung unmöglich scheine, einen Mehrheitsbeschluß fassen und durchführen werde.

Die japanischen Ratsmitglieder sollen, nach der gleichen Quelle, über Japans weiteres Vorgehen bereits orientiert worden sein.

Oberst Hierl der Nachfolger des Hauptmanns Röhm

Berlin, 26. März 1932

Wie nunmehr feststeht, wird der Stabschef der obersten SA-Führung, Hauptmann Röhm, nach dem zweiten Wahlgang um die Reichspräsidentschaft, aber noch vor den Preußenwahlen, aus seiner bisherigen Stellung ausscheiden. Als sein Nachfolger ist der bayerische Oberst a. D. Konstantin Hierl in Aussicht genommen. Wer mit den Dingen in der Hitler-Partei näher vertraut ist, erkennt in dieser Regelung die ordnende Hand Gregor Strassers.

Oberst a. D. Hierl, Mitglied des Reichstags, war in den ersten Monaten der Amtstätigkeit des demokratischen Reichswehrministers Dr. Otto Geßler dessen Pressereferent. Er ist schon im Verlauf des Jahres 1920 aus der Reichswehr ausgeschieden.

Reichswehr übt im Industriegebiet

Zum erstenmal nach dem Krieg waren in der Zeit vom 21. bis 23. März Reichswehrübungen im Industriegebiet. Das in Münster stationierte zweite Bataillon des Infanterieregiments 18, verstärkt durch eine Kompanie der Kraftfahrabteilung 6, übte während dieser Tage in der Gegend Menden—Unna—Dortmund. Die Truppen wurden am Montag in Menden ausgeladen. Anschließend waren Übungen im Raum zwischen Fröndenberg und Unna. Am Dienstag übte die Truppe in der Gegend Unna—Aplerbeck und wurde anschließend zur Unterbringung nach Dortmund gebracht, wo die nach Tausenden zählenden Zuschauer der Reichswehr einen begeisterten Empfang bereiteten.

Die Militarisierung Deutschlands schreitet rüstig fort. Bekanntlich hat selbst das wilhelminische Militär-Regime niemals wagen können, Garnisonen in das stets gärende Industriegebiet zu legen. Dort wurde schon der Anblick einer Uniform als Provokation gewertet. Heute ist das alles möglich. Militär übt im Ruhrgebiet . . .

Preußen paradiert

Preußen müht sich, es der Reichswehr nachzutun. Eben erst ist verordnet worden, daß künftig wieder die Wache wie zur seligen Kaiserzeit durch die Linden mit klingendem Spiel aufziehen solle, so folgt der preußische Polizeigefolge diesem Beispiel. Ein Nebendienst des Wolff-Büros meldet:

Wie wir erfahren, wird in Zukunft die Brandenburger Tor-Wache der Schutzpolizei am Montag und Donnerstag jeder Woche mit Musik aufziehen, und zwar zum ersten Male am Ostermontag. Die Wache nimmt unter Vorantritt der Musik ihren Weg von der Unterkunft „Staatsminister Grzesinski“, Prinz-Friedrich-Karl-Straße, und bewegt sich dann durch die Universitätsstraße und die Straße Unter den Linden zum Brandenburger Tor.

Anschließend gibt die Schupo-Kapelle ein Konzert auf dem Gendarmen-Markt.

Ein Wahlmanöver?

Soll das geschäftsunfähige Preußenparlament noch einmal tagen?

TU, Berlin, 26. März 1932.

Die „Vossische Zeitung“ meldet am Sonntagabend, daß der preußische Landtag am 9. April zu einem letzten Tagungsabschnitt zusammentreten würde, der in einer Schlußsitzung am 12. April sein Ende finden sollte.

Zweck dieser Tagung sollte die Herbeiführung einer Aenderung derjenigen Geschäftsordnungsbestimmungen sein, die sich auf die Wahl des Ministerpräsidenten durch den neuen Landtag beziehen.

Eine Bestätigung war am Ostersonnabend nicht zu erhalten. Es darf jedoch als sicher angenommen werden, daß zum mindesten der für den Zusammentritt des Landtags genannte 9. April (Vortag der Reichspräsidentenwahl) unrichtig ist.

Der angegebene Zweck der angeblichen Tagung muß außerordentlich überraschen. Wenn die „Vossische Zeitung“ recht berichtet ist, dann will hier die gegenwärtig amtierende Regierung sich noch schnell ihre Existenz über den Zusammentritt des neu zu wählenden Landtags hinaus sichern.

Dorpmüller bleibt. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag der Reichsregierung die Wiederernennung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. Ing. e. h. Julius Dorpmüller, dessen Amtszeit mit dem 3. Juni d. J. abläuft, mit Wirkung vom 2. Juni d. J. ab bestätigt.

Hitler spricht mit Schleicher

Was wird nach dem 24. April in Preußen?

Berlin, 26. März 1932

Einer Nachricht der Korrespondenz „Berlin-Express“ zufolge, hat Hitler seine Anwesenheit in Berlin dazu benutzt, um erneut mit dem Reichswehrminister Föhring zu sprechen. Er hat dieser Tage eine längere Unterredung mit dem General v. Schleicher gehabt, und in politischen Kreisen der Reichshauptstadt wird sogar behauptet, daß Hitler trotz der offiziellen Abwesenheit des Reichswehrministers von Goerner persönlich empfangen worden sein soll. Den Gegenstand der Besprechungen Hitlers mit General v. Schleicher bildete nicht nur die preußische Polizeiaktion gegen die NSDAP, sondern — wie von gut unterrichteter Seite versichert wird — auch die Frage,

was nach den Landtagswahlen vom 24. April in Preußen geschehen soll.

Politische Kreise, die der Bendlerstraße zumindest nicht fernstehen, propagieren dabei neuerdings den Gedanken, die Nationalsozialisten in Preußen ruhig einmal an die Macht heranzulassen, damit Hitler auf diese Weise einmal Gelegenheit bekommt, seine staatsmännischen Qualitäten unter Beweis zu stellen. Als Gegenleistung verlangt man dafür von den Nationalsozialisten lediglich, daß sie im Reich künftig die Regierung Brüning

tolerieren sollen. Das würde zweifellos eine Verbesserung der parlamentarischen Situation Dr. Brüning bedeuten, wobei man allerdings vorläufig in Frage stellen kann, ob die Reichsregierung dann auch auf der Linken

noch eine tolerierende Sozialdemokratie vorfände. Man hört jedenfalls, daß die Nationalsozialisten diesen Gedanken nicht unbedingt von der Hand weisen. Ob allerdings die von gewissen Stellen des Reichswehrministeriums betriebene Politik auch die Billigung der gesamten Reichsregierung und insbesondere des Reichskanzlers Dr. Brüning findet, kann einstweilen bezweifelt werden.

Die Nachricht, für die wir der Agentur die volle Verantwortung überlassen, klingt reichlich phantastisch. Immerhin — es hat schon manche phantastische Nachricht gegeben, die sich hinterher als nur zu richtig herausstellte. Selbst die Sozialdemokraten haben ja in letzter Zeit erkennen müssen, welcher gute Freund sie in dem General von Schleicher besitzen.

Die Tolerierungspolitik hat jedenfalls noch nicht ihre Grenze gefunden.

Lohnsenkung nicht mehr möglich

Amtlich wird mitgeteilt:

Zu der Notiz in einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohn-tarifverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohn-tarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums. Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarkts für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berechtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufszweigen die Anpassung der bisher gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten (!) Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Änderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten baldigst eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

Aus dieser amtlichen Erklärung ergibt sich, daß die Löhne schon auf ein solches Minimum gesenkt sind, daß noch weiterer Lohndruck selbst nach der Auffassung der Regierung nicht mehr möglich ist. Ob nicht trotzdem unter dem Vorwand „überhöhter“ Löhne weitere Massenausplünderung versucht wird, bleibt abzuwarten.

Ausfuhrüberschuß sinkt

Die deutsche Handelsbilanz schließt im Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 Mill. RM, gegenüber einem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Mill. RM im Januar. Einschließlich der Reparations-sachlieferungen, die 11,0 gegen 11,6 Mill. RM betragen, stellt sich der Ausfuhrüberschuß auf 97 Mill. RM gegenüber 116,6 Mill. RM im Vormonat.

Die Einfuhr hat mit 441 Mill. RM gegenüber der tatsächlichen Einfuhr des Januar, die nach Ausgleich der Lagerabrechnungen 425 Mill. RM betrug, um 16 Mill. RM zugenommen. An dieser Zunahme sind überwiegend die Rohstoffe beteiligt. Die Lebensmittelaufuhr ist ebenso wie die Fertigwareneinfuhr mit dem Vormonat etwa gleich.

Die Ausfuhr ist mit 527 Mill. RM um 3 Mill. RM geringer ausgewiesen als im Vormonat. Einschließlich der Reparations-sachlieferungen beträgt sie 538 gegenüber 542 Mill. RM. Der geringe Rückgang beruht ausschließlich auf dem weiteren Absinken der Durchschnittswerte um 1,4 v. H. Mengenmäßig hat der Absatz nach dem Ausland eine geringe Zunahme erfahren. Wertmäßig ist besonders die Lebensmittelausfuhr zurückgegangen, in geringerem Maße die Rohstoffausfuhr, während die Fertigwarenausfuhr eine kleine Erhöhung von 417 auf 423 Mill. RM erfuhr.

„Dokumente kommunistischer Führerkorruption“

Unter diesem Titel schrieb Hans Pütz eine Broschüre, die von der SPD in einer Massenaufgabe gratis verteilt wird. Wollte man allein die Unwahrheiten dieser Schrift aufweisen und erklären — man brauchte mindestens den doppelten Umfang ihrer selbst. Nur so eine kleine Blütenlese: seit wann hat denn der Gründungsparteitag der KPD in Gotha stattgefunden? Ist dem Verfasser unbekannt, daß damals Rosa und Karl nicht allein als „Parlamentarier“ standen, sondern nur knapp in der Minderheit blieben? Kommt der Herr Verfasser nicht auf den Gedanken, daß man einen Zusammenhang zwischen dem Rapollovertrag 1922 und der Ausscheidung der „Nationalbolschewisten“ um Lauffenberg und Wolfheim 1919 nur dann in Verbindung mit einander bringen kann, wenn man (wie er es tut) die Jahreszahlen fälscht? Wann und wie ist Klara Zetkin nach der Levi-Krise „gemäßregelt“ worden? Daß Thälmann nicht erst seit 1920 organisiert ist, Radek seine Schlageter-Rede nicht auf dem dritten Weltkongress gehalten, und Neumann unseres Wissens garnicht verheiratet ist, daher weder im Schwager- noch Schwieger- noch Großvater- noch sonst einem Verwandtschaftsverhältnis zu Stalin steht — das sei nur am Rande bemerkt.

Freilich: Vieles stimmt. Leider. Doch die Korruptionerscheinungen in der Führung der

KPD sind ein Argument gegen diese Bürokratie und nicht gegen den Kommunismus. Gerade das muß betont werden. Man muß aufzeigen, wie der Kommunismus Marxens und Lenins durch diese Bürokratie entsteht und kompromittiert wird, man muß immer wieder betonen, daß gerade dadurch die Loslösung breiter Arbeitermassen aus dem Lager des Reformismus verhindert, damit der Bestand des kapitalistischen Systems gesichert wird. Mit anderen Worten: nur wer Kommunist ist, hat das Recht, die Führung der heutigen Komintern anzugreifen. Aber jene Gesellen, die in gespielter moralischer Entrüstung es wagen durch eine Kombination von Wahrheit und Lüge, gemischt mit — Leninzitate (!), der revolutionären Arbeiterschaft die Partei der Heilmann, Brolat, Barmat, Noske und Zörgiebel zu empfehlen — solche Burschen sollten die Arbeiter sich sehr genau merken. Wir wissen nicht, wie hoch der Betrag ist, den Herr Pütz für diese Schrift bekommen hat. Daran aber kann kein Zweifel sein: es ist ein „Dokument der Korruption“ — in anderem Sinne freilich als Herr Pütz (im Dienste der Hindenburgpolitik) es wahr haben möchte.

Der soziale Adolf

Ueber eine Begegnung mit dem großen Adolf im privaten Kreis berichtet Pierre Messis im „Paris-Midi“. Was er über die „Volksausgabe“ des Doerner Zerschmetterers sagt, ist zu bekannt, als daß es wiederholt werden müßte. Aber das „soziale“ Glaubensbekenntnis des politischen Anstreichermeisters verdient festgehalten zu werden. Der Korrespondent des französischen Blattes bringt's im (deutschen) Wortlaut und es lautet so:

„Die Handwerker, die durch das System hochbezahlte Beamte geworden sind, müssen eben zu ihrer Werkstatt zurück! . . .“

Ob da „der Führer“ und neugebackene Regierungsrat prophetischen Geistes nicht seine eigene Laufbahn charakterisiert hat?

Ein Serum gegen Kreuzotterbisse

Die schon seit längerer Zeit versuchte Herstellung eines antitoxischen Serums zur Behandlung der durch Kreuzotterbisse verursachten Vergiftungen ist nunmehr gelungen. Die im Serologischen Laboratorium der bakteriologischen Abteilung des Reichsgesundheitsamts durchgeführte Prüfung dieses Schlangenserums im Mischungsversuch an weißen Mäusen hat ergeben, daß seine Wirksamkeit gegenüber den Giften der Kreuzottern derjenigen des seither verwendeten französischen Serums mindestens gleichwertig, zum Teil sogar überlegen ist. Dieses Serum wird auch im freien Handel käuflich sei. Die Herstellerin hat sich bereit erklärt, ihr Schlangengiftantiserum auch in Serülen, die eine rasche Anwendung ermöglichen würden, in den Verkehr zu bringen, falls solche Abfüllungen erwünscht sein sollten.

Legende 1932

Von Herbert Duckstein

„Sie schrien abermals: Kreuzige ihn! Pilatus aber gedachte, dem Volk genug zu tun, und gab ihnen Barabbas los, und geißelte Jesum, und überantwortete ihn, daß er gekreuzigt würde. Die Kriegsknechte aber führten ihn hinein in das Richthaus . . . Und schlugen ihm das Haupt mit dem Rohr, und verspotteten ihn, und fielen auf die Knie, und beteten ihn an. Und da sie ihn verspottet hatten, führten sie ihn aus, daß sie ihn kreuzigten. Und es war um die dritte Stunde, da sie ihn kreuzigten . . . Und die vorübergehenden, lästerten ihn und schüttelten ihre Häupter, und sprachen: Pfui dich . . . Aber Jesus schrie laut, und verschied.“

Das war damals. Inzwischen ist das Abendland christlich geworden. Und die Christen empfinden heute noch große Freude bei dem Gedanken an Christi Tod. Sie suchen sich täglich Menschen aus, die sie quälen können. Denn es ist ein schönes Gefühl, einen anderen langsam zu Tode zu quälen, Sterbende zu verspotten und zu bespucken, sich an der klagenden Stimme zu ergötzen und zuzusehen, bis kein Muskel mehr zuckt. Zweitausend Jahre, und wenn die Heuchelei nicht stärker geworden wäre, hätte sich nichts geändert.

Wir sprechen nicht vom Krieg, nein.

In Montgomery im Staate Alabama hat bis vor kurzem ein Mensch gelebt, der hieß Percy Irwin. Dieser Mensch war vom Unglück verfolgt. Daß er arbeitslos war und keine Unterstützung erhielt, das hätten ihm die freien Bürger des freiesten und christlichsten Landes der Welt noch verzeihen. Aber daß seine Hautfarbe schwarz, sein Haar kraus und wollig war, daß er dicke, fleischige Lippen und einen Kranz weißer Zähne hatte, das konnte ihm niemand verzeihen.

Auf einer Eisenbahnfahrt von Montgomery nach Salt Lake City gefiel er einer blonden, schlanken Miss. Ein junger, starker Neger, dachte sie bei sich, das muß mir gut bekommen. Sie winkte ihm in ihr Abteil, in welchem sie allein saß. Er gehorchte. Sie sagte ihm ohne Umschweife, daß seine Haut weich sei und daß er starke Zähne habe. Er verstand sie, entschuldigte sich jedoch sofort, da erst acht Wochen zuvor sein Freund Jimmy in Montgomery von dem weißen Pöbel wegen einer weißen Frau zu Tode geschleift worden war . . .

Eine Stunde später, auf einer Station, kam die Polizei und verhaftete den Neger Percy Irwin aus dem Zug heraus. Die Anklageschrift behauptete, er hätte einer freien Citizen aus USA im Zuge 50 Cent gestohlen. Bitte: fünfzig Cent. Das sind zwei deutsche Reichsmark. Die einzige Zeugin: die weiße Passagierin.

Weiß vor Gericht: das ist ein stärkeres Argument als — nein, Schwarz ist überhaupt kein Argument! Der Neger ist kein richtiger Mensch. Urteil: Tod auf dem elektrischen Stuhl!

„Und schlugen ihm das Haupt mit dem Rohr, und verspröten ihn, und fielen auf die Knie, und beteten ihn an. Und da sie ihn verspottet hatten, führten sie ihn aus, daß sie ihn elektrisch verbrannten. Und es war um die dritte Stunde, da sie ihn elektrisch verbrannten . . . Und die vorübergehenden, lästerten ihn, und schüttelten ihre Häupter, und sprachen: Pfui, dich . . . Aber Percy schrie laut, und verschied.“

Dieselbe Bürokratie, die predigte, daß zur Ueberwindung der Krise die Erhöhung der Löhne der Ausweg sei, ging dann dazu über, praktisch beim Lohnabbau mitzuhelfen. Die Tendenzen, die Marx besonders im „Kapital“ voraussagte, werden heute wirksam, die absolute Verelendung weiter Schichten des Proletariats greift um sich.

Wenn wir die Bilanz ziehen, wohin uns die reformistische Führung der Gewerkschaften gebracht hat, so müssen wir auch die betrübliche Tatsache für die Arbeiterklasse feststellen, daß der Einfluß der Reformisten auch in den Gewerkschaften bei den sonstigen objektiv günstigen Voraussetzungen schon längst gebrochen wäre, wenn er nicht von den Dummheiten der Kommunistischen Partei sein Dasein hätte fristen können. Der Grundfehler ihrer Gewerkschaftspolitik besteht darin, daß sie sich keine Rechenschaft gibt über die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes in der heutigen Niedergangsperiode des Kapitalismus.

Das Resultat der kommunistischen Anstrengungen, ihrer Versuche, die gewerkschaftlichen Kämpfe ohne und gegen die Gewerkschaften zu führen, war in 99 von 100 Fällen Pleite. Man organisierte deshalb die

RGÖ.

Und dann hieß es: „Die RGÖ führt!“ Aber sie hat geführt nur auf dem Papier, nur an der Litfaßsäule.

Man ist einen Schritt weiter gegangen und hat erklärt: die RGÖ, das ist auch noch keine Gewerkschaft, wir müssen weiter gehen, wir müssen selbständige

rote Verbände

schaffen, dann werden diese roten Verbände die Kiste schmeißen. Heute können wir beurteilen, was das Ergebnis dieser Versuche, dieser zum Teil heroischen Anstrengungen capärer, revolutionärer Arbeiter gewesen ist. Und nun ist die KPD nach der Pleite auch ihrer selbständigen roten Verbände noch einen Schritt weiter gegangen und hat erklärt: „Die KPD selbst muß die Führung bei der Ausführung und Durchführung der Kämpfe übernehmen!“

Das ist solch ein Herumtasten im Nebel, daß man nur den Eindruck bekommt, die Leute sind sich des völligen Bankrotts ihrer Gewerkschaftspolitik bewußt, haben aber nicht den Mut, die Konsequenzen daraus zu ziehen und eine Wendung herbeizuführen.

Das Fazit der Gewerkschaftspolitik der KPD ist, daß die Opposition innerhalb der Gewerkschaften durch sie zertrümmert wurde.

von einer wirksamen Gegenbewegung außerhalb der Gewerkschaftsbewegung aber nicht die Rede sein kann.

Wir haben nun in dieser Situation eine gewaltige Aufgabe vor uns, die erfüllt werden muß.

Wir müssen den Arbeitern in den Gewerkschaften den erfolgreichen Weg zum Kampf zeigen.

Dabei müssen wir ausgehen von der Erkenntnis, daß innerhalb des kapitalistischen Systems an keine Besserung mehr zu denken ist, daß deshalb die ganze Gewerkschaftsstrategie auf die Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Errichtung der proletarischen Diktatur gerichtet sein muß.

Wir stehen vor der Aufgabe, den Gewerkschaftskampf überzuleiten in den politischen Kampf.

Diese Aufgabe ist nicht zu lösen, indem die Lohnbewegungen zusammenaddiert werden, sondern sie erfordert, daß die Partei es versteht, ... jedem konkreten Fall die entsprechenden Losungen herauszustellen, diesen Kampf vom gewerkschaftlichen Gebiet überzuleiten auf die politische Ebene und einen Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Unternehmer, einen Kampf zu machen gegen den kapitalistischen Staat, gegen das kapitalistische System.

Diese Auffassung bedeutet nicht und darf nicht bedeuten, einen Verzicht auf Teilstreiks.

Wenn wir auch wissen, daß nur der politische Massenstreik die wirkliche Lösung bringen kann.

Wenn die Voraussetzung besteht, daß ein wilder Streik zum Erfolg führt, dann sind wir verpflichtet, auch eine solche Bewegung zu unterstützen. Aber die Unterstützung einer solchen Bewegung hat ganz reale Voraussetzungen. Erstens muß die erdrückende Mehrheit der Arbeiter bereit sein, sich an einer solchen Bewegung zu beteiligen, und zweitens muß bei recht kritischer Prüfung sich ergeben, daß wenigstens die Möglichkeit eines Erfolges gegeben ist.

Eine weitere Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist der Kampf um die internationale gewerkschaftliche Einheit, die Gewerkschaftseinheit auch im internationalen Lager zu propagieren und zu fördern. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es notwendig,

daß jedes Mitglied der SAP sich gewerkschaftlich organisiert und daß alle in den Verbänden der einzelnen Gewerkschaften untereinander Fühlung nehmen, daß sie geschlossen und einheitlich handeln.

Das Ziel unserer Arbeit in den Gewerkschaften muß sein die Eroberung, die Revolutionierung, die Stärkung der Gewerkschaften, die Stärkung der Mitglieder und Festigung der Gewerkschaften, ihre Umwandlung zu einem Werkzeug der Befreiung der Arbeiter-schaft überhaupt. Der Sinn unseres Kampfes in den Gewerkschaften ist, das Vertrauen der Massen für uns zu erobern, sie mit uns zu verbinden, daß sie in den entscheidenden Stunden uns ihre Gefolgschaft leisten.

Zu diesem Zwecke müssen wir einen linken Flügel in den Gewerkschaften bilden. Wir müssen auch mit den Genossen, die sich theoretisch zur RGÖ bekennen, zusammenarbeiten, wenn sie bereit sind, nicht im Sinne der RGÖ, sondern im Sinne einer Eroberung und Kräftigung der Gewerkschaften mitzuarbeiten.

Wir müssen uns klar sein, daß wir nichts verrichten können, wenn es uns nicht gelingt, auch die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen und einzureihen in den Kampf.

Die Aufgabe, die vor uns steht, ist riesenschwer. Die Opposition ist zu sehr diskreditiert worden, als daß wir hoffen könnten, von heute auf morgen verlorenes Terrain wiederzuerobern. Es liegt bei uns, dafür zu sorgen, daß diese Unzufriedenheit sich in klare Erkenntnis, in eine entschlossene Kampfbereitschaft verwandelt.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Gewerkschaften aus einer Stütze des niederbrechenden kapitalistischen Staates zum mächtigsten Hebel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse werden.

(Großer Beifall.)

tarische Revolution durchgeführt? Geht sie wie in Rußland vor sich? Haben wir andere Formen zu wählen? Das muß geklärt werden! Die SAP muß sich zum Ziel setzen, die proletarische Klasse überhaupt erst zum Ganzen zu erziehen und zur Klasse zu einem. Das wesentliche ist, solche Forderungen und Punkte aufzustellen, die die gesamte Klasse für ihre Forderung in Bewegung setzt. Warum soll es nicht möglich sein, daß — wie bei der Fürstenabfindung — beide Parteien, SPD und KPD für diese Forderungen in gemeinsame Aktion gedrängt werden? Wir müssen uns dagegen wenden, daß die SAP eine neue KPO werden soll, die sich zur Aufgabe setzt die Gesundung der Kommunistischen Partei. Wir dürfen nicht nur die aufopfernden Arbeiter der KPD, sondern wir müssen das gesamte Proletariat in Deutschland sehen. Wir müssen die SPD und die freien Gewerkschaften mit ihrem reformistischen Millionen-Anhang sehen. Die KPD-Taktik muß verurteilt werden, da die KPD in den Massen nur Revolutionäre sieht. Die Grundeinstellung der KPD, die Massen müssen erst mit dem Knüttel auf dem Kopf erzogen werden, erst durch den Sieg des Faschismus werden die sozialdemokratischen Arbeiter überzeugt werden, ist abzulehnen. Der Redner setzt sich noch für eine Listenverbindung mit SPD und KPD bei der Preußenwahl ein.

Fritz Rück:

Genosse Seydewitz hat über die Frage der Einheitsfront gesprochen. Sie ist die wichtigste Frage des gesamten deutschen Proletariats, die zentrale Frage, weil in ihr enthalten das Problem der Mobilisierung der Klasse gegen den Kapitalismus ist. Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront kann nur erfolgen unter Führung einer revolutionären Partei. Es wird gefragt: welche Partei? — Eine Partei, die gelernt hat sowohl aus den Lehren der russischen Revolution, wie aus den Lehren des Bürgerkrieges in Deutschland! Die entscheidende Schwäche des deutschen Proletariats besteht darin, daß es keine solche kommunistische Partei hat, die die Führung in der Aktion der Klasse besitzt. Die Frage, die wir stellen müssen, ist: wie wird eine solche Partei geschaffen und wie wird die Führung in der revolutionären Aktion hergestellt? Deshalb heißt es, nicht das Gesicht von der Kommunistischen Partei abgewandt und der SPD zugewandt! Man muß die sozialistischen Arbeiter durch Aufrollung der Lebensfragen im Kampf jeden Tag dazu bringen, daß sie sich von der reformistischen Führung lösen. Die Listenverbindung mit den Sozialdemokraten in der Preußenwahl wäre kein Einheitsfrontmanöver, sondern ein Bündnis mit den Reformisten.

Wir sehen heute in Deutschland, daß die faschistische Bewegung Schritt für Schritt an Boden gewinnt. Wir sehen die Entwicklung für Monate vor uns, die eines faschistischen Uebergangsregimes, dann die des offenen Faschismus — wenn es nicht gelingt, den revolutionären Faktor einzuschalten als aktive Kraft, um den Faschismus zu schlagen, bevor er zur Macht kommt. In einer solchen Situation kann man nur kämpfen, wenn man selbst auf einer festen Basis steht, wenn man nicht nur die SAP, sondern den Zustand der gesamten deutschen Arbeiterbewegung sieht. Der Zustand ist heute so, daß das Aktionszentrum und der geistige Generalstab fehlt, der in dem Kampf gegen den Faschismus die Arbeiter-schaft führen kann. Das ist die zentrale Aufgabe, die heute überall steht. Wir können nur mitarbeiten an ihrer Lösung, wenn wir in unseren eigenen Reihen rücksichtslos Schluß machen mit allen ganz oder halbreformistischen Gedankengängen. Man kann auch in einer Partei tolerieren, dann, wenn man die Möglichkeit hat, auf lange Sicht hinaus, die sogenannte Bewußtseinsklärung durchzuführen. Wenn der Feind aber vor den Toren steht, kann man nicht mehr tolerant sein, man muß die Grundsätze des revolutionären Kampfes durchdenken und innerhalb und außerhalb der Partei danach handeln.

Zöllig-Düsseldorf

Die Stellung der Genossin Düby zum Faschismus hat nichts mit materialistischer Auffassung mehr zu tun. Wir waren uns alle darüber klar, daß wir nicht über Nacht eine Massenpartei aus dem Boden stampfen können. Aber wir stellen heute fest, daß die breite Arbeitermasse beginnt zu erkennen, daß der Reformismus seinen Bankrott auf der ganzen Linie erlebt. Wir haben trotz dieser Tatsache mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Wir kennen die Methoden der Gelben auf der Arbeitstelle, die Proletarier aus Lohn und Brot bringen konnten, und erleben, daß in diesem häßlichen Kampf gegen die Sozialisten die Gewerkschaftsbürokratie nicht an letzter Stelle steht. Sie hat auch unter Anwendung von Repressalien diejenigen, die von ihr abhängig waren, gezwungen, in die Eisernen Front einzutreten. Ich glaube, wir haben Ursache, an dieser Stelle die Gewerkschaftsbürokratie darauf aufmerksam zu machen, welche ungeheure Gefahr sie in die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit bringt, wenn sie so fortfährt. Wir haben die wichtigste Aufgabe, unseren Genossen, die es auf sich genommen haben, diesen mächtigen Gegner der Gewerkschaftsbürokratie anzukämpfen, daß sie gestärkt werden in ihrem Kampfesmut, und wir müssen alles unterlassen, was diesen Genossen die Arbeit in den Gewerkschaften erschwert. Es gibt für uns keine Rückkehr zum Reformismus. Ebenso klar müssen wir aussprechen, daß uns auch eine ungeheure Kluft von der Kommunistischen Partei trennt. Wir müssen unsere Partei bejahen und nichts tun, daß es aussieht, als ob sie eine vorübergehende Erscheinung sei. Wir müssen eine Massenpartei werden, wenn wir in Deutschland den Sozialismus wollen.

Schmidt-Berlin:

Die Einheit des Proletariats über alles! Soll aber die Einheit mit der Kommunistischen Partei herbeigeführt werden, indem man eine neue kommunistische Partei gründet, die einzige, die wahre, die richtige kommunistische Partei? Es läßt sich darüber streiten, wer das in Deutschland für sich in Anspruch nehmen soll, die wahre und die wichtige kommunistische Partei zu sein. Acht-zehn Millionen Stimmen hat Hindenburg bei seiner Wahl bekommen. Sollen diese acht-zehn Millionen nur Kleinbürger sein? Nein, das sind Millionen und Abermillionen Stimmen von Arbeitern, die sich natürlich auf dem falschen Wege befinden. Diese Arbeiter zurückzuholen, darauf kommt es in erster Linie an. Es muß der Glaube an die eigene Kraft, der Glaube an den Sozialismus zurückgewonnen werden.

Ein Diskussionsredner erklärte, um Rußland und die russische Revolution drehe sich die Welt. „Nein! Karl Liebknecht hat uns gesagt: Deutschland ist der Angelpunkt der Weltrevolution, auf Deutschland sieht die Welt, und die deutsche Arbeiterschaft ist der Welt noch eine Revolution schuldig.“

Meta Petzold-Mylau

bedauert die Verlegung des Parteitages von Plauen nach Berlin. Gerade angesichts des ungeheuren Idealismus und der vielseitigen Vorbereitungen unserer Genossen hätte das vermieden werden müssen.

Wir können nicht sagen: wir sind die Kommunistische Partei. Mit diesem Namen können wir keinen Gewinn heraus schlagen. Der Begriff im landläufigen Sinne ist in Miß-kredit gekommen.

Die Präsidentschaftswahl hat ergeben, daß gerade in unserem Bezirk sehr viele Stimmen für Thälmann abgegeben worden sind. In vielen Orten haben die Hindenburgpartei — die SPD und das Bürgertum — nicht soviel erreicht wie die Arbeiterschaft für Thälmann, während die Kommunisten früher kaum ein Drittel oder ein Viertel dieser Stimmen hatten. Und zwar haben wir deshalb Einfluß gewonnen, weil wir die Situation erfaßt haben. Wir machen das jetzt wieder so! Wir können den Kommunisten sagen: seht euch an, was die SAP erreicht hat!

Eckstein:

Seid nicht böse, wenn ich im Zeichen des Goethejahres sage, daß man das Wort nicht so unendlich schätzen soll, sondern daß es auf die praktische Aktion ankommt. Es scheint mir ein Streit um Worte zu sein, wenn man sich darüber auseinandersetzt, ob das System Severing-Groener-Hindenburg bereits Faschismus ist oder nicht. Wir sind uns darin einig, daß dieses System das System der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse ist. Dieser heutige Zustand der Scheinlegalität — ermöglicht durch die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie — erreicht sein Ende mit der Preußischen Landtagswahl. Wir sind uns einig, daß die Erlösung aus diesem Druck und der Vorstoß zum Sozialismus nur bei Anwendung revolutionärer Mittel möglich ist. Ob man das kommunistische Politik nennt oder sozialistisch-revolutionäre Politik, scheint mir wieder ein Streit mit Worten. Wenn man diese Politik kommunistisch nennt, so sagt man vielleicht im Sinne nicht nur von Marx und Engels, sondern im Sinne von Lenin etwas Richtiges, man verwirrt aber die Massen, die Kommunismus und Kommunistische Partei nicht auseinanderhalten können und die die selbständige Aufrechterhaltung der SAP nicht begreifen. Als die Bolschewiken ihre Revolution machten, haben sie kein Programm gehabt. Sie haben die Revolution gemacht nicht auf Grund eines theoretischen Programms, sondern aus der Analyse der Situation des Jahres 1917. Das sind historische Erinnerungen, die wir nicht ganz vergessen wollen, die zeigen, daß es wichtiger ist, gelernt zu haben, als mit marxistischen 7 Punkten diskutieren zu können. Gen. Rück hat gesagt, wir haben keine Zeit mehr zur Bewußtseinsklärung der Massen, wir müssen uns gegen alle halb- und ganzreformistischen Gedankengänge wenden. Wir wissen ja, was hinter diesen mehr oder weniger deutlichen Äußerungen als Ansicht und Forderung steht. Die SAP darf aber nicht vergessen, daß sie entstanden ist gerade im Kampf um die Möglichkeit der demokratischen Bewußtseinsklärung unter den Massen. Es wäre der Tod der SAP, wenn die Führung irgendeine Form der Apparatsdiktatur ausüben würde. Jawohl, Einheitlichkeit der Führung, straffe Führung im revolutionären Kampfe, disziplinierte Aktion, aber diese disziplinierte Aktion kann nicht hervorzurufen werden aus der Weisheit eines Parteivorstandes, sondern sie kann nur hervorzurufen werden aus der demokratischen Bewußtseinsklärung der Massen im revolutionären Kampfe.

Kleinbeist:

Der Nationalsozialismus braucht Gläubige, die leicht zu Gläubigern werden können. Es wird eine Zeit kommen, wo die Gläubiger ihre Wechsel präsentieren und wo sie nicht eingelöst werden können. Für diesen Augenblick muß eine Partei da sein, die die Möglichkeit hat, auch diese Massen aufzufangen. Es ist auch dort Proletariat, nicht klassenbewußtes, vor allen Dingen jugendliches Proletariat. Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Es wäre aber zweifellos das Falscheste vom Falschen, was die SAP tun könnte, wenn sie jetzt dem Faschismus auf dem Gebiete der Primitivität Konkurrenz machen wollte. Wenn man eine Erziehung so auffaßt, daß man Zauberworte macht, so werden wir damit die Tür nicht öffnen. Wir können den Massen das an Hand der ökonomischen Tatsachen, an Hand des Staatskapitalismus, der eine Sozialisierung der Pleiten ist, zeigen, wir können dazutun, wie dieser Apparat auf die Gesamt-

Die Debatte

Adam-Berlin:

Es ist unbedingt notwendig, vom Pazifismus abzurücken. Es ist unsere Aufgabe, ein klares, revolutionäres Programm zu schaffen, um die Arbeiter in den Betrieben, Stempelstellen usw. zu gewinnen. Ausgehen müssen wir bei unserer Arbeit von den Betrieben, Gewerkschaften, Massenorganisationen, Arbeitsnachweisen usw. Dort müssen wir unsere Stützpunkte schaffen. Die KPD stagniert seit dem RGO-Kurs. Die Fehler der KPD dürfen von der SAP nicht wiederholt werden.

Gertrud Düby:

Der Faschismus hat verstanden, eine sehr große, sehr aktive Partei zu schaffen, die eine eigene Bewegung bekommen hat. Wir reden sehr viel von der faschistischen Gefahr und den Mitteln, den Faschismus am Boden zu halten. Wir sollen aber die andere Gefahr, die im engsten Zusammenhang mit dem Faschismus steht, die Gefahr des imperialistischen Krieges nicht vergessen. Was zu gleicher Zeit, wie in Genf Henderson das berühmte Wort sprach, daß der letzte Mann in der Abrüstungskonferenz zum Wort kommen könnte, fand in dieser Stadt eine große Demonstration der Arbeiter statt. Diese Arbeiter demonstrieren nicht nur gegen Krieg, sondern sie demonstrieren zu gleicher Zeit gegen die Abrüstungskonferenz als kapitalistisches Ablenkungsmanöver. Die II. Internationale ist unfähig, etwas zu unternehmen gegen die drohende Gefahr eines kapitalistischen Krieges. Das Proletariat

darf sich nicht mehr mit Resolutionen begnügen. Wir müssen handeln. Wir haben die chemischen Arbeiter, die Munitionsarbeiter, die Transportarbeiter, die heute für den kapitalistischen Krieg gezwungen sind, Dienste zu leisten. Und dort haben wir anzusetzen. Wir haben die Propaganda in diesen Betrieben zu treiben, damit es möglich wird, Kriegs- und Heeresmaterialherstellung zu unterbinden, Kriegstransporte zu verhindern! Rußland hat sich die doppelte Feindschaft der Kapitalisten zugezogen. Einmal ist das gewaltige Gebilde der Ausbeutung durch den Kapitalismus entrisen worden. Zweitens — und das ist noch viel gravierender — Rußland ist der Hort der internationalen Revolution. Was tun wir, wenn es uns nicht gelingt, den Krieg zu verhindern? Hier müssen wir ganz gründlich mit allen pazifistischen Illusionen abbrechen. Es heißt dann die Parole nicht Kriegsdienstverweigerung, sondern: nehmt die Waffen in die Hand, erzieht die Soldaten, um diese Waffen zu wenden gegen die bürgerliche Gesellschaft!

Müller-Neakölln

Es ist vollkommen richtig, daß eine revolutionäre Partei nicht nur beurteilt werden kann nach ihren gefaßten Beschlüssen und Prinzipienklärungen, sowie Programmen, mögen sie noch so marxistisch und revolutionär gehalten sein. Das entscheidende ist, diese Beschlüsse durch eine richtige Taktik durchzuführen in allen Organisationen, in der Presse und in der Propaganda. In Deutschland ist die konkrete Lage noch nicht von den einzelnen Parteien untersucht worden: Wie wird in Deutschland die prole-

heit eingestellt werden kann. Wenn wir sagen, die Macht liegt auf der Straße, wir brauchen sie nur aufzugreifen, es kommt nur auf eine revolutionäre Aktion an, werden wir das Proletariat nicht führen, sondern weite Kreise der Proletarier in die Maschinen-gewehre des Gegners hineintreiben. Die Basis unseres Kampfes bleibt die wirtschaftliche Waffe.

Bei der Reichspräsidentenwahl hätten wir einen größeren Erfolg zu verzeichnen gehabt — wenn auch keinen zahlenmäßigen, so doch einen moralischen — wenn wir einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätten, der einen guten Namen in der gesamten Arbeiterschaft hat (Zwischenruf: Ledebour!), ich denke an denselben Genossen wie der Zwischenrufer (Zwischenruf Ledebours: Das wäre ein schwerer Fehler gewesen!).

Die Revolution ist eine Umwälzung, die sich auf eine lange Periode erstreckt, kein Handstreich und Husarenstück, wie mancher es sich vorstellt. Revolution ist innere Bereitschaft breiter Massen. Und dafür zu sorgen, daß diese Bereitschaft geschaffen wird, muß die Aufgabe unseres Programms sein.

Paul Frölich:

Gegenüber dem Genossen Kleineibst ist zu betonen: es geht nicht, daß man Dinge, die den Extrakt der jahrelangen Erfahrungen des revolutionären Kampfes darstellen, abtut mit dem Schlagwort: „Das sind Schlagworte.“ Es kommt darauf an, mit außerordentlicher Sorgfalt diese Erfahrungen zu prüfen und sie zum Leitstern unserer Politik zu machen. Kleineibst hat gesagt: Hitler macht sein Geschäft mit Schlagworten, es wird aber die Zeit kommen, wo die kleinbürgerlichen Elemente Hitler die Wechsel präsentieren, die er ausgestellt hat. Das ist eine sehr falsche Auffassung darüber, ob man einmal und in kurzer Frist diese Wechsel präsentieren kann. Der Faschismus ist aufs stärkste mit der Staatsgewalt verbunden, mit Monopolisierung der Organisationen, Verhinderung jeder Organisationsmöglichkeiten des Proletariats für sehr lange Zeit, bis unter sehr schwierigen Umständen illegale neue Organisationen das Proletariat ergreifen können. Wir sollten deshalb nicht in das Horn stoßen, Hitler werde nicht Wechsel einlösen können. Hitler muß jetzt geschlagen werden. Wir müssen uns klar sein über die ganze Größe der Gefahr, die vor uns steht. Der gestrige Vorgang vor dem Staatsgerichtshof bedeutet, daß der Zusammenschluß zwischen Groener und Schleicher, d. h. zwischen dem deutschen Militarismus, der die Macht in der Hand hat, und dem Faschismus unmittelbar bevorsteht. Mit dieser Perspektive mußte man schon in den ersten Präsidentenwahlkampf eintreten. Wir haben aber gesehen, daß die Kommunistische Partei die ganze Wahl zu einem gewöhnlichen parlamentarischen Machtkampf benutzt hat. Auch wir haben nicht ganz richtig operiert. Wir hätten die Massen durch ein Aktionsprogramm für die Gegenwart fesseln müssen! Die SPD-Führung wäre nie und nimmer darauf eingegangen. Große Teile des Proletariats aber hätte man gewonnen! Die Mobilisation der Massen war das erste, Spitzenverhandlungen das zweite, der Name des Kandidaten das dritte.

Meyer-Köln:

Genosse Eckstein hat den Standpunkt vertreten, es komme nicht so sehr darauf an, in welcher Weise und wie sehr man Theorie treibt. Es komme darauf an, was praktisch geleistet wird. Dann ist es aber auch sinnlos, von Formen und Lehren unserer großen Meister zu sprechen. Diese Auffassung von der Trennung von Theorie und Praxis ist sehr bedenklich. Parteitag heißt Bilanz ziehen. Sind die taktischen Fragen immer richtig gestellt worden? Es wurden sehr bedenkliche Fehler in der Einheitsfrontpolitik gemacht. Es hat uns sehr geschadet, daß zuerst die

richtige Parole der Einheitsfront aufgestellt, dann aber in der Form des gegenseitigen Waffenstillstandes propagiert wurde. Eine klare revolutionäre Partei muß die Einheitsfront führen. Sonst entsteht ein Brei aus syndikalistischen und 17 anderen Auffassungen.

Genosse Meyer kritisierte schließlich die Haltung der „SAZ“ in außenpolitischen Fragen. Es geht zum Beispiel nicht an, für eine Partei, die wirklich das Vertrauen der proletarischen Klasse erringen will, wenn der offen konterrevolutionäre Plan Tardieus kommentarlos an entscheidender Stelle wiedergegeben wird. Hier ist der Trennungsstrich zu ziehen. Wir können die SPD-Arbeiter und die KPD-Arbeiter für eine revolutionäre kommunistische Politik erst dann gewinnen, wenn wir in unseren eigenen Reihen ganz klar sind.

Sternberg-Berlin

wendet sich vor allem gegen die programmatische Erklärung der Genossen Düby, Rück und Schaber in der „SAZ“. Man darf die Tatsache nicht verwechseln, daß die Kommunistische Partei völlig versagt hat. Die Kommunistische Partei in Deutschland kann nicht durch bloße Bedingungen, sondern nur durch einen Massendruck von außen reformiert werden. Wenn in der augenblicklichen Lage, wo die Kommunistische Partei immer ultralinken wird, der Genosse Rück nun einen Aufsatz schreibt, wir seien bereit, unter gewissen Bedingungen uns aufzulösen, dann sagen Tausende draußen: warum dann überhaupt erst dieser Umweg? Dann sagen Tausende: gehen wir doch in die Kommunistische Partei und ändern wir dort! Aber wir haben doch in allen Aktionen der letzten Zeit gesehen, daß sich die Kommunistische Partei durch ihre ultralinke Taktik gerade in der entscheidenden Kampffront, im Betriebe, immer mehr isoliert hat. Deshalb besteht für uns die Aufgabe, die Betriebsarbeiter zu organisieren. Wir organisieren sie aber nicht, wenn wir ihnen sagen, wir seien nur ein Durchgangsgelingt es uns, die deutsche Arbeiterklasse in Aktion zu führen, so ist das nicht nur eine Angelegenheit für Deutschland, sondern die entscheidende internationale Angelegenheit. Es muß sich jeder bewußt sein, daß in den nächsten Monaten und Jahren nicht deutsche, sondern Weltgeschichte entschieden wird. Wir müssen alles daransetzen, aus der SAP die Partei zu machen, die es fertigbringt, Vorhut im Kampfe gegen den Faschismus zu werden, in dem Sinne, daß sie die Avantgarde der Klasse wird.

August Siemen:

Wie lösen wir die entscheidende Aufgabe, die proletarischen Massen zu gewinnen. Da sagt der Genosse Fritz Rück, die Aufgabe sei so zu lösen, daß man Schluß macht mit allen reformistischen und halbreformistischen Entgeisungen und Illusionen. Wir müßten den revolutionären Generalstab stellen für die Aufgaben, die der Arbeiterklasse gestellt sind. Ich habe sehr stark das Gefühl, daß bei dieser Ablehnung alles dessen, was man nun Zentrismus, Reformismus und ähnlich nennt, ein Glaube an Worte und an Formulierungen herrscht, der vergißt, daß es überhaupt noch Probleme gibt, daß die Dinge komplizierter sind, als sie sich in den Köpfen mancher Revolutionäre heute malen. Zwischen dem Begriff von der kommunistischen Diktatur und dem Stalinistischen besteht ein Unterschied.

Erschütternd war die Diskussionsrede von Meyer-Köln Da habe ich nichts von dem Geist eines Marx gespürt, trotzdem er sich auf den Marxismus berief. Marx ist zwar in Köln gewesen, aber man spürte nur den Geist der katholischen Hochburg. Hier wird in einem Antrag gefordert, daß der revolutionäre Oberzensor noch bestimmt, was noch geschrieben werden darf. Wie die katholische Kirche den unfehlbaren Papst hat, müssen die Kölner

uns diesen unfehlbaren Oberzensor stellen, der weiß, was die richtige Auffassung ist.

Köhler-Berlin:

Wie kommt es, daß angesichts des kapitalistischen Bankrotts die Arbeiterklasse diese Situation nicht ausgenutzt hat, um ihre eigene Herrschaft, die Diktatur des Proletariats, aufzurichten? Da muß man klar erkennen: der Arbeiterklasse in Deutschland und im internationalen Maßstabe fehlt die internationale Führung. Eine solche Führung kann nur eine revolutionäre sein, und eine revolutionäre Führung kann nur eine kommunistische sein. Die entscheidende Frage ist also: wie schaffen wir diese Führung, wie schaffen wir eine kommunistische Massenpartei?

Die falsche Politik der Kommunistischen Internationale und der KPD hat den Kommunismus kompromittiert. Unsere Aufgabe ist es, eine geschickte Taktik anzuwenden, um die Massen in der praktischen Erfahrung davon zu überzeugen, daß wir als einzige Partei die Arbeiterschaft zum Siege führen können. Wir haben drei konkrete Aufgaben vor uns stehen: erstens den Kampf gegen den Faschismus; zweitens den Kampf für Arbeit und Brot und gegen den Hunger; drittens den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und in Verbindung damit die Verteidigung der Sowjetrußlands.

Wiesener-Braunschweig

spricht über praktische Erfahrungen bei der Einheitsfronttaktik in der faschistischen Hochburg Braunschweig. Wir haben dabei das Fundament der Betriebe ausgenutzt. Die Betriebsarbeiter haben einen ständigen Druck auf die Gewerkschaften auszuüben. Es ist in Braunschweig unbestritten, daß darin die treibende Kraft nur die SAP ist. Man darf nicht glauben, den Faschismus verhindern zu können mit kleinen Schutzstaffeln oder mit Organisationen, die von der KPD aufgezogen sind. Die Frage der Listenverbindung mit der SPD bei den kommenden Wahlkämpfen ist eine rein taktische Frage.

Elsa Wiegmann-Berlin:

Man muß sich die Frage stellen, wie es möglich war, daß in Deutschland eine Partei wie die NSDAP so stark angewachsen ist. Der Vorgang vor dem Leipziger Staatsgerichtshof hat uns gezeigt, daß der Staatsapparat mit dem Faschismus verqu coast ist. Es ist die Pflicht vor dem internationalen Proletariat, dem Faschismus die Maske von dem Gesicht zu reißen. So muß die Kampf-forderung, die wir als SAP stellen, in der Sammlung des Proletariats bestehen unter dem Kampfruf, den bereits Karl Liebknecht im Kriege ausgegeben hat: Unser Feind ist die deutsche Reaktion, ist das deutsche System! Wir haben 1918 keinen Systemwechsel gehabt. Nicht das Parlament, sondern Gröner und die Militaristen sind die Herren der deutschen Republik. Läßt sich das Proletariat in eine Parole hineindrängen, die mit den Interessen der herrschenden Klasse übereinstimmt („Arbeitsbeschaffung“ u. a.), so verliert es die klare Kampflinie.

Stahmer-Hamburg:

Meiner Auffassung nach sind in der hier gepflogenen Auseinandersetzung zu wenig Fragen der Außenpolitik behandelt worden. Alle großen Häfen Deutschlands liegen ziemlich still, Hunderte von Schiffen liegen brach, Tausende von Arbeitern haben keine Arbeit. Nahezu 80 Prozent der Hafenarbeiter arbeiten durchschnittlich nur noch 2—3 Tage in der Woche. Die Ausfuhrückgänge sind kolossal. Ich stimme mit der Genossin Düby überein in der Parole: Krieg dem Kriege. Wir müssen handeln im Sinne von Lenin, die Waffen

selbst in die Hand zu nehmen, sie umkehren gegen die Unterdrücker und so die Feinde der Sowjetunion zu bekämpfen (Lebhafter Beifall). Notwendig ist eine proletarische, oppositionelle Politik in den Gewerkschaftskreisen.

Löwenstein:

Ich bin Pazifist. Ich bin es schon seit langen Jahren und schäme mich dessen durchaus nicht. Was bedeutet Pazifismus im Grunde? Es bedeutet nichts anderes als Friedensfreund, und das sind wir doch alle. Unser Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft, unser Kampf zur Aufrichtung des Sozialismus ist ein Kampf in erster Linie für den Frieden, gegen den Krieg, gegen die Gewalt, weil wir wissen, daß der Krieg ein Produkt der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist und daß der Krieg nur überwunden werden kann in der Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Wir wissen genau, daß der Sozialismus nicht zu verwirklichen ist auf dem Wege des Reformismus, durch den Stimmtzettel, durch den Parlamentarismus. Eine herrschende Klasse hat noch nie freiwillig ihre Macht aufgegeben. Wir wollen uns davor hüten, wenn wir ein Programm aufstellen sollen, ins Dogmatische zu verfallen. Wir müssen innerhalb der Partei die unbedingte Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit achten.

Ziegler-Breslau:

Ich glaube, daß draußen im Lande gerade diejenigen unserer Mitglieder, die im Betrieb arbeiten, die Worte des Genossen Seydewitz mit Genugtuung aufgenommen haben, die er ausgesprochen hat in bezug auf unsere organisatorische Selbständigkeit, die wir betonen müssen nicht nur gegenüber der SPD, sondern auch gegenüber der KPD. Ich glaube, in diesem halben Jahr, seitdem unsere Partei besteht, müßten wir doch erkannt haben, daß mit der Kommunistischen Partei, auch wenn wir uns noch so selbstlos für diese Partei und ihre Ziele einsetzen wollen, nicht gemeinsam zu arbeiten ist. Wir können einen Einfluß auf diese Partei nur dann gewinnen, wenn wir zeigen, daß wir es besser machen. Ich möchte an meiner Organisation, dem DMV in Breslau, die Entwicklung der Kommunistischen Partei zeigen. Wir haben 11 500 Mitglieder im DMV. Vor fünf Jahren haben sich SPD und KPD in den Versammlungen die Waage gehalten. Was glauben Sie, was die kommunistische Unfähigkeit zustande brachte? Sie brachte zustande, daß heute die Kommunistische Partei im DMV in Breslau nicht mehr ein Dutzend Mitglieder oder RGO-Anhänger hat. Das ist Beweis für eine Unfähigkeit, die kaum übertroffen werden kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Sozialismus und Kommunismus zwei Worte von den gleichen Sinn sind. Ich gestehe nicht zu, daß kommunistisch etwa das bessere Wort wäre. Ich weiß, daß das Wort Sozialismus bei großen Arbeitermassen einen besseren Klang hat, und zwar deshalb, weil die Kommunistische Partei mit dem Wort Kommunismus nach meiner Meinung Schindluder getrieben hat.

Kurz nach 18 Uhr wurde der Parteitag auf Sonnabend, 9 Uhr, vertagt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.



Nach dem russischen Original angefertigt und ohne Änderungen übersetzt von Alex. J. Ramon. Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

9. Fortsetzung
Ich bin müde, denkt er, und es wäre gut auszuruhen. Bald wird es Frühling. Vielleicht wird es möglich sein, Urlaub zu nehmen und zu verschwinden auf das Land, wo es nach Gras riecht, nach Heu und nach Hühnern; wo man auf breiten Bauernkissen in einer schattigen Hütte angenehm schläft, im Halbschlaf das Singen und Lachen der Bauernmädchen noch hörend. Und wenn man aufwacht — führt einen ein eiliger Weg von dem Hof, vorbei an dem Garten mit Erbsen und blumigem Kohl, durch die niedrige Wiese zum Fluß, wo in flachem, durchsichtigem Wasser am Grase, wie Streifen, Igel sich winden.
Er zieht sich aus und geht langsam durch den federnden abfallenden Sand in das glitzernde sonnige Wasser. Wellen und wärmende Sonne spielen am Körper wie gierige lustige lachende Aeuglein... Aeuglein... der Waz...
Warum ist er erschauert? Warum hat seine Vorstellung dieser unsinnigen Gedanke durchzuckt wie ein elektrischer Strom?
Die alte Agafja kommt, einen kalten Zug hereinlassend, keuchend ins Zimmer und wirft lärmend eine Schürze voll Holz für die Heizung an den Ofen. Die eisernen Türe geräuschvoll öffnend, legt sie Holz auf, durch ein brennendes Span es entflammend. Das Feuer beginnt zu fauchen und krachend an der Tür zu rattern, während rings um den Ofen der rote Schein tanzt. Stöhnend erhebt sich Agafja und geht aus dem Zimmer.

Die Arbeit will heute nicht in den Sinn; oder hab' ich ungewohnter Weise zu viel Luft heut' geatmet? Mit dieser Frage überraschte sich Sudin selbst. Oder haben mich die Unannehmlichkeiten zu sehr ermattet? Diese unbezähmbare Lust, zu liegen, zu träumen, zu schlafen!
Auf dem weichen Teppich ging er zum Ofen und setzte sich dort auf das Sofa, nachdem er das Licht der Krone ausgedreht hatte. In der Ferne leuchtete nur eine Flamme mit weißem matten Licht den Tisch. Am Ofen kroch rötlisches Dämmern, den Teppich, das Sofa und die Knie des sitzenden Sudins bedeckend mit weichem, leichtem, spielendem Flimmern des zitternden Scheins durch die Ritzen des Ofens.
„Die Wachhabende fragt, ob sie Ihnen die Telegramme hereinbringen kann, oder soll sie auf die Rückkehr des Sekretärs warten?“ fragt an der Tür erscheinend Agafja.
„Sie soll sie bringen.“
Sudin stand unlustig auf und ging schwankend zum Tisch.
Unmerklich woher, aus der Dunkelheit auftauchend, stand plötzlich, elastisch sich wiegend in rauschendem Kleide, Walz da, Walz in Seide, Walz in Parfüm. Um ihre Füßchen spielte der goldrote Schein aus dem Ofen. Schokoladenbraun umrahmte das grell dunkel wallende Haar ihr wie gemaltes Gesichtchen, — zart, fein und wie ein Eichkätzchen listig. Das eigensinnige Mädchen verbug im geheimen ein verlegenes flauschiges Lächeln. Und plötzlich umwehte Sudin freundliche Aufmerksamkeit aus den dichten Wimpern der braunen Augen, der Augen der Walz.
Und wieder erschien aus dem enträumten Dorfe die Luft und die Sonne und es rauschte das Wasser, den ermatteten Leib kitzelnd. Auf einmal wurde es warm, brennend angenehm, brennend peinlich.
„Sechs Telegramme,“ rauschen flüsternd ihre Lippen.
„Gut. Nehmen Sie Platz.“

Sie setzt sich schweigend direkt vor ihn an den Tisch. Er hört deutlich die Schläge ihres Herzens und die im Sessel ertrinkende steife Seide.
Irgendwie zittert dumm seine Hand, die die Depeschen aufreißt. Zwei aus Moskau, die übrigen von den Fronten: zwei aus Pskow, eine aus Archangelsk und eine aus Smolensk. Seine Augen springen schnell über die Zeilen. Hier die Lösung in Sachen Giro; eine Anfrage wegen der finnischen Banditen, hier ein Faden zu den Mächtschaften Sawinkoffs, ein Pole Stefanitzky, alles andere — Anfragen.
„Diese muß Horst kriegen, diese Plastow, diese Katzmann und die zwei — Fomin. Nur soll die Petrowa morgen früh alle ins Journal eintragen; diese legen Sie dann zu mir in die Sache Rosenblatt. Ich habe sie durchgesehen, und morgen werden wir im Kollegium den Beschluß fassen.“
Er spricht zögernd, da er merkt, daß sie nicht gehen will. Mit unzufriedener Hand, ohne Eile, sammelt sie das Papier in die Mappe. Ihre Brust atmet schwer, im Haar schaukelt das saphirene Anhängsel am Kamm.
„Sie waren so freundlich, meiner Frau einige Sachen zu übergeben. Ich danke Ihnen aufrichtig, wirklich. Meine Frau war sehr gerührt. Aber ich hoffe, Sie wollen uns nicht durch ein unbezahltes Geschenk beleidigen? Erlauben Sie mir, Ihnen zu bezahlen, was es kostet.“
Walz steht und blickt traurig hinunter zum Boden.
„Wenn das Ihr erbarmungsloser Beschluß ist... mir für eine Herzensregung zu bezahlen, so verdiene ich wohl nichts anderes. Aber ich weiß wirklich den Preis von diesen Kleinigkeiten nicht: ich habe sie nicht käuflich erworben.“
Ihre Wangen beginnen zu glühen. Die schokoladenen Augen weiten sich, ihr weicher Glanz trifft Sudin ins Herz. Ihre Lippen werden ganz dünn und scheinen weiß vom Raude der Zähne. Mit geräuschvoller, scharfer und plötzlicher Wendung geht Walz aus der Tür.

Ein Teufel, kein Weib — dachte Sudin. Es kam ihm der Gedanke: wie ein Knabe aufzuspringen, sie schnell zu erreichen und sein Gesicht in ihrem flaumigen Halse zu vergraben.
„Ich werde wohl heute nicht zur Arbeit kommen: bin ganz zum Weibe geworden —“ versuchte Sudin sich zurechtzuweisen. Doch umsonst. Es zog ihn wie Schleim die Stille und die federnde Weichheit des Sofas. Vorbei an den staubigen Kisten mit Papier und allerhand Kram, an den Waffen und Flaschen gelangt er zum Ofen, er öffnet die eiserne Tür und atmet mit allen Poren seines Körpers durch die Kleider hindurch die Hitze, die den glühenden Kohlen entströmt.
Gut wäre es, das Feuer zu schüren, daß es heller noch brenne. Er drückt auf den Knopf, um Agafja zu rufen.
In der Tür erscheint plötzlich Walz.
„Sie haben geklingelt. Agafja ist auf einen Augenblick weg.“
„Schadet nicht, ich kann warten. Sagen Sie ihr bitte nur, ich möchte den Feuerhaken haben.“
„Ich bringe ihn gleich!“
Bevor er noch antworten konnte, war sie wie ein Vogel entflohen, und schon stand sie wieder vor ihm mit dem Haken.
Hastig und herrisch kauerte sie sich hin und begann mit fächerartig gespreiztem Rock die erlöschende Glut im Ofen zu schüren. Stille, Wärme, Halbdunkel, das weiche, bequeme Sofa und die elegante Frau — wie eine Traumgestalt: willenlos schmachtete Sudin.
„Schön ist's bei Ihnen!“ sagte gedankenvoll Walz; sie erhebt sich und stellt das Eisen in die Ecke.
„Kann es so bleiben?“ fragt sie, auf die offene Tür des Ofens weisend, durchsichtig zart lächelnd.
Schweigend nickt Sudin ihr zu, und er wollte, daß alles: der Ofen, das Halbdunkel, Feuer und Wärme und die zärtliche, duftende, lockende Walz ewig so bliebe, wie ein Bild einer naiven Legende, wie das Stück eines lebenden Traumes.